

Beginn: 10.02 Uhr

### **Eröffnung und Begrüßung**

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich zur 3. Tagung der 13. Landschaftsversammlung Rheinland.

Sehr herzlich begrüße ich vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe

– den Vorsitzenden der Landschaftsversammlung, Herrn Dieter Gebhard,

und

– den Landesrat für den Bau- und Liegenschaftsbetrieb, Herrn Matthias Löb.

Herzlich willkommen!

(Starker Beifall)

### **Ordnungsgemäße Einberufung**

Meine Damen und Herren, zu dieser 3. Tagung der Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 04.06. 2010 eingeladen. Die Tagung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 20 vom 10.06.2010 öffentlich bekannt gemacht.

### **Beisitzer**

Als Beisitzerin bzw. Beisitzer für die heutige Tagung bitte ich sehr herzlich

– Frau Ellen Schmitz

und

– Herrn Philipp Wallutat,

hier bei mir Platz zu nehmen.

(Paßmann, FDP: Oi, ist der noch so jung?)

– In der nächsten Versammlung wechseln wir zum Ältesten.

(Heiterkeit)

### **Entschuldigungen**

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, parallel zur heutigen Sitzung der Landschaftsversammlung findet in Berlin der 15. World Congress of Inclusion International statt,

(Allgemeines Oh!)

– Ich könnte das auch auf kölsch vorlesen; dann hätten nur die Westfalen Probleme damit, mich zu verstehen –

(Allgemeine Heiterkeit)

an dem acht Mitglieder der Landschaftsversammlung Rheinland und Frau Hoffmann-Badache den Landschaftsverband vertreten. Aus diesem Grund wurde vor einigen Wochen zwischen allen Fraktionen im Ältestenrat und dem Landschaftsausschuss vereinbart, bei den heutigen Abstimmungen nicht die Zahl der anwesenden Mitglieder, sondern die jeweilige Fraktionsgröße zugrunde zu legen, also ein sogenanntes Fraktions-Pairing zu verabreden.

Alle heute entschuldigten Mitglieder der Landschaftsversammlung sind im Übrigen bekannt; die Namen werden dem Protokoll beigelegt.

Ich sehe zu diesem Verfahren keinen Widerspruch; dann ist das parlamentarisch so einvernehmlich vereinbart. Ich werde bei den einzelnen Abstimmungen darauf nicht mehr gesondert hinweisen, sondern mich darauf im Protokoll beziehen bzw. es ist dann für die gesamte Versammlung für alle Tagesordnungspunkte so festgestellt und einvernehmlich verabredet.

### **Tagesordnungspunkt 1:**

#### **Anerkennung der Tagesordnung**

Sind Sie mit der vorliegenden aktualisierten Tagesordnung einverstanden? – Es gibt keinen Widerspruch; dann ist sie unter dem neuen Top 3.4 – Umbesetzung in den Ausschüssen – und mit dem Antrag 13/5 – Neu- und Umbesetzungen in den Ausschüssen – so verändert und ergänzt, von Ihnen anerkannt und die Grundlage unserer heutigen Beratung.

**Tagesordnungspunkt 2:**

**Verpflichtung neuer Mitglieder**

Herr Hans-Joachim Pagels, FDP, hat zum 17.06. 2010 sein Mandat in der Landschaftsversammlung niedergelegt. Als Nachfolger wurde Herr Ludwig Roßbach benannt.

Herr Roßbach, ich darf Sie sehr herzlich begrüßen und auf gesetzmäßige und gewissenhafte Wahrnehmung Ihrer Aufgaben verpflichten und hoffe, wünsche und erwarte eine angenehme konstruktive Zusammenarbeit. Herzlich willkommen in der Landschaftsversammlung Rheinland!

(Allgemeiner Beifall)

**Tagesordnungspunkt 3:**

**Umbesetzung in den Ausschüssen**

- Antrag Nr. 13/13 SPD-Fraktion -
- Antrag Nr. 13/32 Die Linke.-Fraktion -
- Antrag Nr. 13/35 Freie Wähler/  
Deine Freunde-Fraktion -
- Antrag Nr. 13/52 FDP-Fraktion -
- Antrag Nr. 13/5 GRÜNE -

Hierzu liegen Ihnen die Anträge 13/13, 13/32, 13/35, 13/52 und 13/5 vor.

Dazu gibt es keine Wortmeldungen.

Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Das ist nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig so **beschlossen**.

**Tagesordnungspunkt 4:**

**Änderung der Hauptsatzung**

**4.1 Änderung der Hauptsatzung  
des Landschaftsverbandes Rheinland**

- Antrag Nr. 13/34 der Fraktionen SPD, GRÜNE, FDP -

**4.2: Satzung zur Änderung  
der Hauptsatzung**

- Vorlage Nr. 13/158 -

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 11.06.2010 den Antrag beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend des Antrages 13/ 34 und der Vorlage 13/158 zu beschließen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Möchte jemand dagegen stimmen? - Sich enthalten? - Das ist nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig so **beschlossen**.

(Rehse, Freie Wähler/Deine Freunde: Herr Dr. Wilhelm, Entschuldigung!)

- Bitte, Herr Rehse.

(Rehse, Freie Wähler/Deine Freunde: Sie hatten jetzt die Drucksachen 13/34 und 13/158 aufgerufen. Zur Drucksache 13/158 möchte ich nur redaktionell anmerken, dass auf Seite 1 unter b) bei den kreisfreien Städten die Stadt Krefeld fehlt. Ist die jetzt ausgetreten?)

- Wenn das so ist, danke ich für Ihr aufmerksames Lesen. Das wird zu Protokoll genommen und in der Vorlage bitte korrigiert. Herzlichen Dank, Herr Rehse, für diesen Zuruf.

**Tagesordnungspunkt 5:**

**Änderung der  
Geschäftsordnung der  
Landschaftsversammlung  
Rheinland und  
ihrer Ausschüsse**

- Vorlage 13/258 -

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 11.06.2010 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 13/258 zu beschließen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig so **beschlossen**.

#### Tagesordnungspunkt 6:

##### **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen**

Zu dieser Haushaltsberatung möchte ich Ihnen gerne folgendes Verfahren vorschlagen. Wenn Sie damit einverstanden sind, werde ich wie folgt verfahren.

1. Statements der Fraktionen und ihrer Sprecherinnen und Sprecher zum Haushalt
2. Abstimmung über die Vorlage Nr. 13/434, die die Einwendungen einiger Städte und Kreise enthält
3. Abstimmung über die Anträge auf der Basis der Beschlussfassung im Landschaftsausschuss
4. Abstimmung über die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes
5. Abstimmung über die Wirtschaftsplanentwürfe

Wenn Sie mit dieser Vorgehensweise einverstanden sind – ich sehe keinen Widerspruch –, können wir so verfahren.

Ich rufe die Fraktionen auf, ihre Redebeiträge zum Haushalt abzugeben. Nach der Stärke der Fraktionen für die CDU-Fraktion zunächst also Herr Einmahl bitte.

**Einmahl** (CDU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Quo vadis, Landschaftsverband? Diese Frage stellen sich viele: Wohin geht der Landschaftsverband? Die Frage wurde gestellt von solchen, die es gut meinen, und auch von denen, die die Landschaftsverbände abschaffen wollten. Hierzu zählte der vormalige Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Clement, der damals mit großen Teilen der SPD-Fraktion

im Landtag von Nordrhein-Westfalen den Plan verfolgte, beide Landschaftsverbände abzuschaffen.

Diese Frage lässt sich aus zwei Perspektiven beantworten: von außen und von innen. Mit der Sicht von außen betrachten uns die Mitgliedskörperschaften. Das sind die 13 kreisfreien Städte und die 12 Kreise sowie die Städteregion Aachen, die über die Verbandsumlage im Wesentlichen zur Finanzierung des Landschaftsverbandes Rheinland beitragen.

Betrug das Haushaltsvolumen im Jahre 1990 noch 2,6 Milliarden Euro, so belief es sich im Jahre 2000 bereits auf 3,4 Milliarden Euro. In dem heute hier zur Entscheidung vorliegenden Haushaltsplan des Jahres 2010 betragen die Einnahmen und Ausgaben 2,9 Milliarden Euro, allerdings ohne den Bereich Straßenbau, der uns von der früheren rot-grünen Landesregierung weggenommen wurde.

Von den Ausgaben des Jahres 1990 haben die Mitgliedskörperschaften damals durch Umlagen insgesamt 1,2 Milliarden Euro, also 45 Prozent, aufbringen müssen. Von den Ausgaben des Jahres 2000 haben die Mitgliedskörperschaften 1,6 Milliarden Euro bzw. 49 Prozent gezahlt. Im vorliegenden Haushaltsplan werden die Städte und Kreise und die Städteregion Aachen insgesamt 2,023 Milliarden Euro bzw. 69 Prozent, bezogen auf das Aufwandsvolumen, über die Umlage aufbringen müssen, um die Ausgaben des LVR decken zu können.

Diese Entwicklung zeigt, dass es beim Landschaftsverband nicht nur um einen Inflationsausgleich geht, sondern um ständig steigende substanzielle Mehrkosten, die nach den gesetzlichen Vorschriften zum großen Teil als Pflichtaufgaben getragen werden müssen. Es besteht also die selbstverständliche Verpflichtung, mit diesen Geldern der Mitgliedskörperschaften besonders sorgsam umzugehen und bei den Ausgaben alles zu vermeiden, was überflüssig oder nicht notwendig ist.

Wer – wie unsere Städte und Kreise – die jährliche Umlage durch Kreditaufnahme bezahlt und den jeweiligen Haushalt durch weitere Zinsen belastet, der wird mit großer Sorge beobachten, wie der Land-

schaftsverband Rheinland Ausgaben tätigt, die überflüssig sind.

Die Ampelkoalition hat sich auch in diesem Jahr wieder dazu entschlossen, die Realitäten zu verdrängen und sich einer eigenen Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung weitgehend zu entziehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie gehen lieber den bequemen Weg einer Umlagesatzerhöhung als auch nur den Versuch zu unternehmen, Geld zu sparen. Wer so handelt, handelt rücksichtslos gegenüber den Mitgliedskörperschaften und hat nicht verstanden, was politische Verantwortung bedeutet!

(Zustimmung bei der CDU)

An einigen Beispielen möchte ich Ihnen deutlich machen, wo Sie politisch versagt haben:

Erstens. Sie, meine Damen und Herren von der „Ampelmehrheit“, sorgen zunächst einmal für Ihre Ampel, sprich für Ihre Fraktionsmitglieder, und vergrößern – ohne zwingenden sachlichen Grund – die Ausschüsse in der Landschaftsversammlung Rheinland. Die hierfür entstehenden Mehrkosten betragen in dieser Wahlperiode mehr als 150.000 Euro. Hier stellt sich die Frage, warum, und wem hilft es? Den Mitgliedskörperschaften mit Sicherheit nicht!

Zweitens. Seitens der Verwaltung wurde in der Sitzung des Landschaftsausschusses im November 2009 eine Vorlage mit dem Vorschlag zur Bildung eines LVR-Kompetenz-Teams Inklusion zur Beschlussfassung vorgelegt.

(Paßmann, FDP: Einstimmig! – Frau Dr. Strack-Zimmermann, FDP: Bei dem Sie zugestimmt haben!)

– Ich habe ja nicht gesagt, dass wir nicht zugestimmt haben. Sie müssen richtig zuhören.

Inhaltlich ist die CDU-Fraktion mit der Thematik als Kernaufgabe des LVR einverstanden. Allerdings, meine Damen und Herren von der Ampel, gehen Sie erneut hin und sorgen für sich bzw. Ihnen nahestehende Personen.

Was ich damit meine, will ich Ihnen aufzeigen: Die Vorlage sieht vor, dass für die Thematik Inklusion innerhalb des LVR ein Kompetenz-Team aufgebaut werden soll, und hierfür sollen 25 Stellen eingerichtet werden. Kaum ist der Grundsatzbeschluss zur Bildung eines Kompetenz-Teams gefasst, erreichen uns Vorlagen zur externen Besetzung.

Zum einen heißt es dort „Besetzung der Stelle Koordinator zur fachlichen Leitung des Kompetenzteams“, besoldet nach E 14 TVÖD, rund 3.300 Euro monatlich. Und mit „nahestehend“ liege ich richtig, wenn ich anmerke, dass es sich bei dem angeblich Bestqualifizierten um einen sachkundigen Bürger der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beim LVR handelt.

(Frau Beck, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das spricht für die Qualität unserer Fraktion! Das ist doch kein Widerspruch!)

– Wer's glaubt, wird selig.

(Peil, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wir glauben nicht, wir wissen! Deswegen werden wir, glaube ich, selig! – Weitere Zurufe von den Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

– Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören, aber Sie werden es sich trotzdem anhören müssen.

(Beifall bei der CDU)

Des Weiteren erreichte uns die Vorlage, bei der es sich um die zukünftige Öffentlichkeitsarbeit des Kompetenz-Teams Inklusion handelt. Auch hier eine externe Besetzung: E 13 TVÖD, rund 3.000 Euro. Und die angeblich bestqualifizierte Bewerberin und zukünftige Mitarbeiterin des LVR ist zufällig SPD-Fraktionsgeschäftsführerin in der Kreistagsfraktion im Rhein-Erft-Kreis.

Stellt sich für mich die Frage: Ist hier nicht jemand vergessen worden aus der Ampel? Herr Runkler, wann besetzt die FDP eine Stelle?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wir dürfen gespannt sein!

(Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:  
Lesen Sie einfach weiter! –  
Runkler, FDP: Wir kennen ja Ihre  
Argumente mehr, als durch Ihre  
Personalpolitik – –!)

Dies und die Absicht, 25 neue Stellen ein-  
zurichten und sie auch noch extern zu be-  
setzen, hat nicht nur „besonderen Ge-  
schmack“, sondern führt auch dazu, dass  
innerhalb der Mitarbeiterschaft Unruhe  
entsteht und den Mitgliedskörperschaften  
exorbitante Kosten aufgebürdet werden.

Unser Antrag, diese Stellen intern zu be-  
setzen und mit einer geringeren Personal-  
ausstattung auszukommen, wurde von Ih-  
nen abgelehnt!

Drittens. Bei Ihnen fehlt die Bereitschaft,  
sich konsequent dem Vermögen des LVR  
zuzuwenden, welches veräußert werden  
kann. Unser Antrag, Umbau- und Sanie-  
rungsmaßnahmen sowohl vom Umfang her  
als auch im Hinblick auf mögliche zeitliche  
Verschiebungen zu überprüfen, wurde ab-  
gelehnt.

Als Beispiele seien hier genannt die Bau-  
maßnahmen in Xanten und die Veräuße-  
rung des Schlosses Heiligenhoven anstelle  
einer Sanierung. Kosten in Höhe von fünf  
bis zehn Millionen Euro könnten mittelfristig  
eingespart werden.

Viertens. Sie, meine Damen und Herren  
von der Ampel, verdrängen die Wirklich-  
keit. Schauen Sie sich die Zahlen der  
Kammerin an:

Fehlbedarf in 2011	224 Millionen Euro
Fehlbedarf in 2012	194 Millionen Euro
Fehlbedarf in 2013	144 Millionen Euro

Das sind insgesamt 562 Millionen Euro  
Fehlbedarf in den nächsten drei Jahren.

Wenn wir dann die neueste Schätz-  
ung mit hineinprognostizieren, könnte es  
möglich sein, dass wir mit einem Fehlbe-  
darf von weit über 600 Millionen Euro  
rechnen müssen.

Sie ignorieren Ihrerseits, meine Damen  
und Herren von der Ampel, diese Erkennt-  
nisse und lassen den LVR sehenden Auges

gegen die Wand fahren. Wann wollen Sie  
den Städten und Kreisen endlich die Wahr-  
heit präsentieren und die Konsequenzen  
deutlich machen? Wollen Sie den Umlage-  
satz um 1,5 Prozentpunkte erhöhen?

(Runkler, FDP: 17,3 hatten Sie!)

Fünftens. Bei Ihnen fehlt die Bereitschaft,  
in der Verwaltung jährlich eine moderate  
Stelleneinsparung zu betreiben, um so  
dauerhaft eine bessere Kostenstruktur zu  
erreichen. Unsere Anträge hierzu, Einspa-  
rungen vorzunehmen – abermals von Ih-  
nen abgelehnt!

Sechstens. Sie unternehmen keinerlei An-  
strengungen, Institutionen dahin gehend  
zu prüfen, ob deren Kosten noch gerecht-  
fertigt sind.

An dem Beispiel der letzten Landschafts-  
ausschuss-Sitzung am 11.06.2010 wird  
anhand der Vorlage „Zinkhütter Hof“ in  
Stolberg deutlich, dass wir diese Anstren-  
gung unternehmen müssen, die ich im  
Landschaftsausschuss aufgezeigt habe,  
nämlich dass alle im Netzwerk befindlichen  
Projekte bezogen auf Zustiftungen oder  
Beteiligungen an Betriebskosten überprüft  
werden müssen, um eine bessere Wirt-  
schaftlichkeit zu erreichen.

Am Beispiel Zinkhütter Hof zeigt die Ver-  
waltung, dass dies notwendig ist. Aller-  
dings: Meine Anregung, weitere Schritte  
im Sinne des Einsparens einzuleiten, wur-  
den von Ihnen schlichtweg ignoriert.

Siebtens. Sie lassen repräsentative Ver-  
anstaltungen durchführen, die außeror-  
dentlich viel Geld kosten. Dies ist nicht  
vertretbar, wenn sich unsere Mitgliedskör-  
perschaften dafür verschulden müssen.

Auch hierfür wieder Beispiele:

- Konzert Brauweiler: pro Veranstaltung  
ca. 25.000 Euro. Das bedeutet in der  
Wahlperiode insgesamt 125.000 Euro.
- die noch neuen Rheinlandtage mit dem  
parlamentarischen Abend: ca. 300.000  
Euro in der Wahlperiode. Dies macht  
insgesamt ca. 400.000 Euro aus!

Was glauben Sie, meine Damen und Her-  
ren, wie gerne unsere Städte und Kreise

diese schönen Veranstaltungen ebenso stattfinden lassen möchten? Aber es passt nicht in die Zeit der leeren Kassen.

Achtens. Es werden nicht alle Ressourcen und Potenziale der Verwaltung hinreichend genutzt. Hierzu bedarf es der Aufgabenkritik und einer modernen Verwaltungsführung, die bereit ist, auch neue Wege zu gehen und Tabus zu brechen. Hier verweise ich auf unseren Antrag 13/48, der dazu eine klare Position einnimmt. Sie haben bisher nicht erkennen lassen, sich mit diesem Antrag intellektuell auseinanderzusetzen.

(Frau Dr. Strack-Zimmermann, FDP: Vielleicht weil er nicht intellektuell war! – Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Lasst ihn weiter vorlesen! – Weitere Zurufe von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

– Sie haben es nicht verstanden; das wird es sein.

Neuntens. Es ist Aufgabe der Politik zu entscheiden, dass neue und zusätzliche freiwillige Aufgaben nicht mehr getragen werden können; insbesondere dann nicht, wenn damit dauerhafte Lasten und Folgekosten verbunden sind. Ein einmaliger Zuschuss ist aus Haushaltssicht jedenfalls eher zu verantworten als eine Dauerbelastung. Daher ist jede neue und/oder zusätzliche Maßnahme dahin gehend zu prüfen, inwieweit zum Beispiel bei einer Baumaßnahme Folgekosten entstehen, damit von Beginn an der Blick auf die zukünftigen Belastungen gerichtet wird, welche heute verschwiegen und von Ihnen auch nicht nachgefragt werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Zum Thema neue Maßnahmen: Ein Europa-Büro in Brüssel einzurichten, obwohl der LVR sowohl über den Landkreistag als auch über die NRW-Vertretung Möglichkeiten hat, seine europapolitischen Interessen wahrzunehmen, für die er beim Landkreistag Beiträge bezahlt,

(Paßmann, FDP: Hat sich nicht bewährt!)

ist überflüssig. Hier sollen zukünftig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LVR „in der Regel sechs Wochen“ vor Ort in Brüssel tä-

tig sein. Die Vorlage, die man uns hierzu präsentierte, zeigt ein Kostenvolumen von jährlich 28.000 € auf.

Erklären Sie dies, meine Damen und Herren von der Ampel, den Oberbürgermeistern und Ländräten unserer Städte und Kreise, die im Moment weitere Freizeiteinrichtungen bis hin zu bedeutenden Kultureinrichtungen schließen müssen!

(Zustimmung bei der CDU)

Dazu passt es, dass die Mitarbeiter in Brüssel den heimischen Karneval nicht vermissen sollen und Sie bereit sind, auch dafür 10.000 Euro bereitzustellen.

(Zurufe von der CDU: Alaaf!)

Zehntens. Auch Politik und Verwaltungsspitze müssen bereit sein, den strikten Sparkurs mit zu tragen und mit gutem Beispiel voranzugehen. Dies gilt beispielsweise auch für eine weitere Begrenzung der Sitzungsgelder, die im Laufe eines Jahres maximal gezahlt werden.

Dies, meine Damen und Herren, sind Beispiele, und der Katalog erhebt keinesfalls den Anspruch, vollständig zu sein. Wir brauchen die gemeinsame Kraftanstrengung, um Haushaltskonsolidierung wirksam zu betreiben. Dies gelingt nicht, wenn man den Vogel Strauß zum Vorbild nimmt und den Kopf tief in den Sand steckt.

(Runkler, FDP: Aber Sie können das doch ändern, Herr Einmah!)

Verlassen Sie daher endlich den politischen Schlafwagen, in dem Sie es sich bequem eingerichtet haben. In unseren Mitglieds-körperschaften brennt das Dach über dem Haus, aber Sie sind nicht bereit, alle zumutbaren Konsolidierungsanstrengungen hier in Köln zu unternehmen!

Die Bundesregierung hat zumindest den Mut aufgebracht, auch unpopuläre Sparvorschläge zu machen.

(Zuruf von Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aber auf Kosten der Kommunen! – Weitere Zurufe von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Sie dagegen sind mutlos.

(Zustimmung bei der CDU)

Aus der Binnensicht ist festzuhalten, dass der Landschaftsverband Rheinland und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hervorragende Arbeit leisten – im Interesse der Ihnen und uns anvertrauten Menschen. Dies brauchen wir nicht zu verstecken.

Mein Dank gilt dabei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die täglich ihre wichtige Pflicht erfüllen und auch in schweren Zeiten ihre Kraft für den LVR einsetzen.

Dank auch an den Verwaltungsvorstand, dem die Arbeit durch mangelnde politische Rückendeckung nicht leicht gemacht wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir sind alle aufgerufen, die von uns erfüllten Aufgaben wirkungsvoll darzustellen, um deutlich zu machen, dass wir bei Konzentration auf unsere Kernaufgaben einen unverzichtbaren Dienst leisten.

Zu diesen Kernaufgaben gehört insbesondere der Einsatz für Menschen mit Behinderungen. Deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in größtmöglichem Umfang wollen wir nach Kräften ermöglichen und fördern.

Die einzelnen Schritte werden zukünftig insbesondere in der Kommission für Inklusion beraten und gegebenenfalls im Fachausschuss beschlossen werden.

Dabei muss betont werden, dass diese Aufgabe nicht neu ist und das Rad beim Landschaftsverband Rheinland nicht neu erfunden werden muss. Die UN-Resolution richtet sich insbesondere an die Länder der Welt, die bisher keinerlei Möglichkeiten geschaffen haben, um Menschen mit Behinderung die Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen. Das gilt leider teilweise auch für andere Länder in Europa, die bei bestimmten Behinderungen die Teilhabe am Bildungssystem verweigern.

Nur wenn die Konzentration auf den Kernbereich geschieht und dies von allen Verantwortungsträgern anerkannt wird, wird es keine neue Diskussion um die Existenzberechtigung der Landschaftsverbände geben. Die Diskussion über die zukünftige Finanzierungsgrundlage auch der Land-

schaftsverbände muss ohne Vorurteil geführt werden. Dabei muss man sich jedoch darüber im Klaren sein, dass eine Veränderung der Finanzierungsstruktur auch neue Diskussionen über die richtige Organisationsform für diese Aufgaben auslösen kann. Wer dies nicht will, muss die Finanzierungsdiskussion mit Augenmaß führen.

Solange die so genannte Gestaltungsmehrheit, die mehr verunstaltet als gestaltet, – –

(Zustimmung bei der CDU – Frau Dr. Strack-Zimmermann, FDP: Wer hat Ihnen denn die Rede geschrieben? – Heiterkeit und Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

– Ich schaffe das selber, und ich bin auf den Tag gespannt, an dem Sie mal – –

(Zurufe von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, nächstes Jahr halten Sie die für Ihre Fraktion.

Solange die so genannte Gestaltungsmehrheit, die mehr verunstaltet als gestaltet, nicht bereit ist, die politische Verantwortung ernsthaft wahrzunehmen, ist es der CDU-Fraktion nicht möglich, einem Haushalt inklusive einer Umlageerhöhung von 0,15 Prozentpunkten zuzustimmen, der für die Mitgliedskörperschaften eine weitere Belastung mit sich bringt, anstatt Entlastungen zu bewirken.

Die CDU-Fraktion lehnt den Haushalt 2010 und die Umlageerhöhung ab. – Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Prof. Dr. Rolle. Bitte.

**Prof. Dr. Rolle (SPD):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr LVR-Direktor! Sehr geehrte Gäste aus Westfalen! Herr Vorsitzender Dieter Gebhard, Herr Löb! Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verantwortung übernehmen bedeutet, verantwortlich zu handeln. Verant-

wortliches Handeln setzt Vernunft, Überlegung und Weitsicht voraus.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Gut, dass die Fraktionen der Gestaltungsmehrheit auch für die laufende Periode die Verantwortung übernommen haben. Und dafür, dass uns das gelungen ist, bedanke ich mich ausdrücklich bei den Fraktionsvorsitzenden Corinna Beck, Stefan Peil von Bündnis 90/Die Grünen, Bernd Paßmann von der FDP-Fraktion sowie den Fraktionsgeschäftsführern unserer Koalitionspartner, Ralf Klemm, Hans-Otto Runkler und – natürlich – „meinem Fraktionsbüro“, Thomas Böll und Leila Soumani.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich hier zunächst auf einige Punkte des Haushaltes eingehen und zum Stellenplan sprechen. Der Stellenplan lässt die Handschrift der Gestaltungsmehrheit erkennen.

(Lachen bei der CDU)

Ein zentraler Punkt der aktuellen Wahlperiode ist für uns das Thema Inklusion. Folgerichtig haben wir im Stellenplan hierfür 25 Stellen vorgesehen.

Es freut uns, dass diese Stellen bereits im November 2009 im LA einstimmig, also mit Stimmen der CDU-Fraktion, im Vorgriff auf den Stellenplan 2010 beschlossen worden sind und nun umgesetzt werden.

(Frau Dr. Strack-Zimmermann, FDP: Hört, hört!)

Fortsetzen werden wir auch das erfolgreiche JSB-Programm. Das Programm eröffnet die Möglichkeit, junge schwerbehinderte Arbeitslose in maximal zwei Jahren in einem Arbeitsverhältnis zu erproben. Ziel ist es, sie entweder anschließend in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis oder eine Ausbildung zu übernehmen. Bereits fast 40 Menschen konnten über dieses Programm eingegliedert werden!

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle sage ich ausdrücklich: Gerade weil die Mitgliedskörperschaften solche Programme nicht (mehr) fahren

können und dürfen, müssen wir daran festhalten. Wer, wenn nicht wir, muss hier Flagge zeigen?

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und das bei einem über Jahre stabil gehaltenen Personalkostenbudget! Ein Budget, das die Tarifabschlüsse abdecken musste, das zusätzlich eingerichtete Stellen wegen neuer Aufgaben mitfinanzieren musste.

Wir werden auch die Ausbildungs- und Qualifizierungsquote weiter beibehalten. 2007 haben wir als Selbstverpflichtung eine Ausbildungsquote von sieben Prozent und eine Qualifizierungsquote von drei Prozent beschlossen. Von Beginn an haben wir diese Quote erfüllt, ja übertroffen.

Es sind weit über 1.100 junge Menschen, die beim LVR ausgebildet werden; angesichts der bekannten demografischen Entwicklung eine vernünftige und weitsichtige Entscheidung; denn in den Jahren 2017 bis 2027 werden ca. ein Drittel der derzeitigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausscheiden.

Um also auch in der Zukunft dem Anspruch „Qualität für Menschen“ gerecht zu werden, war und ist es richtig, jetzt verstärkt auszubilden. Daran werden wir festhalten.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren – Sie alle wissen es –: Der Aufgabenschwerpunkt des Landschaftsverbandes Rheinland sind die Leistungen für Menschen mit Behinderung. Fast 90 Prozent des Gesamtaufwandes des LVR-Haushaltes für das Jahr 2010 sind Ausgaben zur Erfüllung sozialer Leistungen. Mehr als 1,9 Milliarden Euro sind Aufwendungen für Menschen mit Behinderung.

Aber ich möchte nicht nur von Zahlen reden; es geht mir um die Menschen, die diese Leistungen benötigen, um am Leben in unserer Gesellschaft, in der Gemeinschaft teilnehmen zu können, und die einen Rechtsanspruch auf diese Leistungen haben.



Weit über 45.000 Menschen im Rheinland erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe zum Wohnen. Über 30.000 arbeiten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Hier haben wir eine große Verantwortung, und diese nehmen wir als SPD-Fraktion gemeinsam mit unseren Partnern in der Gestaltungsmehrheit ernst und wahr. Schon in den letzten Jahren war Leitlinie unserer fachlichen Arbeit

- mehr Autonomie für Betroffene,
- ambulant vor stationär,
- Kostendämpfung, wo dies möglich ist.

Hier haben wir mit einer Reihe von uns angeregter Programme in den letzten Jahren viel erreicht. Über die Hälfte der Hilfeempfänger leben heute nicht mehr in stationären Wohneinrichtungen, sondern selbstständig – mit einem eigenen Mietvertrag in einer eigenen Wohnung – und bestimmen damit ihren Lebensalltag selbst.

Dies war noch vor wenigen Jahren für viele von uns fast unvorstellbar. Das bedeutet aber auch, dass wir im Rheinland in Sachen „Inklusion“ schon einiges erreicht haben. Und dennoch liegt ein weiter Weg vor uns.

Inklusion heißt nämlich: Alle Menschen haben das volle Recht auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe – ungeachtet ihrer persönlichen Unterstützungsbedürfnisse.

Dies bedeutet auch, dass jeder Mensch gleichermaßen, mit oder ohne Behinderung, von Beginn an gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft ist. Das bedeutet nicht nur selbstbestimmtes Leben, sondern die Möglichkeit einer unabhängigen Lebensführung.

Wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die notwendige Unterstützungsleistung dort zur Verfügung steht, wo der betroffene Mensch lebt, wo er wohnt, wo er arbeitet bzw. arbeiten möchte – unabhängig von der Haushaltslage vor Ort.

Insofern freuen wir uns als SPD-Fraktion, dass die Verwaltung den gesetzlichen Auftrag zum Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit den kreisfreien Städten

und Kreisen ernst nimmt und konkrete Vereinbarungen zur gemeinsamen sozial-räumlichen Planung und Vernetzung der regionalen Angebote trifft.

Was heißt dies für den Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland? – Gerade im Bereich der Eingliederungshilfen haben wir in den zurückliegenden Jahren gesehen, dass Unterstützungsleistungen, die gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen, gleichzeitig zu einer Kostendämpfung beitragen können.

So ist es in den zurückliegenden Jahren durch eine konsequente Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ gelungen, die durchschnittlichen Kosten pro Leistungsberechtigten im Bereich Wohnen zu reduzieren! Damit wurde ein wichtiger Beitrag zur Dämpfung des Kostenanstiegs pro Hilfefall geleistet.

Diese „Erfolgsgeschichte“ im Bereich der Wohnhilfen zeigt, dass bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebenssituation der Menschen mit Behinderung die von uns angeregten und unterstützten ursprünglich freiwilligen Initiativen des LVR zum ambulanten Wohnen dieses Ergebnis zeitigen konnten.

Inzwischen hat bekannterweise auch der Gesetzgeber eingesehen, dass sowohl der eingeschlagene Weg als auch die Ebene der Aufgabenerledigung richtig ist!

Weitsichtig auch der frühzeitige Beschluss der SPD-Fraktion, das Thema Inklusion zum Schwerpunkt für die laufende Periode zu definieren. Vernünftig die Forderung und Einrichtung einer Kommission Inklusion und aus unserer Sicht optimal besetzt mit der Vorsitzenden Dorothee Daun als ausgewiesener Sozialexpertin mit umfassendem Überblick in Sachen Behindertenpolitik und Inklusion.

Meine Damen und Herren, zentrales Anliegen der Behindertenrechtskonvention in der Bildung ist die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in das allgemeine Bildungssystem. Während die Integration eine Anpassungsleistung vom behinderten Kind verlangt, bevor dieses in das allgemeine System integriert werden kann, nimmt die Inklusion nicht

das Kind, sondern das System selbst in den Blick und fordert vom System die Anpassungsleistung.

Eine allgemeine inklusive Schule zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Individualität ihrer Schülerinnen und Schüler respektiert und sie als Vielfalt und Bereicherung anerkennt.

Primäres Ziel der Gestaltungsmehrheit ist es, auf der Basis der Behindertenrechtskonvention den Aufbau eines inklusiven Schulsystems zu unterstützen.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zurzeit gibt es drei verschiedene Möglichkeiten, den gemeinsamen Unterricht zu fördern:

- den Gerätepool für behinderungsspezifische Hilfsmittel, der seinerzeit auf Initiative der SPD quasi als erster „Inklusionsfördermitteltopf“ eingerichtet wurde,
- den Finanzpool zur Vermeidung von Internatsunterbringungen und
- das Anreizprogramm mit generellen Fördermöglichkeiten aufgrund eines Antrags der Gestaltungsmehrheit 2009, der von der Verwaltung entwickelt worden ist.

Mit dieser „Integrationspauschale“ des LVR werden die bisher eingeschränkten Fördermöglichkeiten geöffnet, um auch komplexere Förderbedürfnisse zu gewähren und im Sinne der UN-Konvention die inklusive Beschulung auszuweiten.

Auch die Förderungen im Rahmen des Geräte- und Finanzpools sowie des Anreizprogramms als Integrations-(besser: Inklusions-)pauschale stellen einen freiwilligen finanziellen Beitrag des LVR zu Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung an den allgemeinen Schulen im Rheinland dar.

Aber wichtig ist, dass dies nur als Beginn einer Neuausrichtung der Schulfinanzierung gesehen werden kann. Um eine kontinuierliche Neuausrichtung des allgemeinen Schulsystems und Förderschulsystems zu erreichen, sollte sich mittelfristig ein am

geänderten Gesamtsystem ausgerichtetes Finanzsystem entwickeln.

Sicher ist, es wird eine Veränderung der Schullandschaft geben müssen. Diese wird auch Auswirkungen auf die Förderschulen des Landschaftsverbandes Rheinland haben. Der LVR als großer Schulträger von Förderschulen hat sich auf den Weg gemacht, die Inklusionsbestrebungen nach der UN-Konvention im Rahmen der Möglichkeiten und seiner Zuständigkeiten zu fördern!

Hierbei sind auch die Kompetenzen der allgemeinen Schulen zu stärken. Die Erweiterung des Angebots sonderpädagogischer Förderung in einer zunehmend inklusiven allgemeinen Schule ist eine komplexe und kontinuierliche Aufgabe.

Die Akzeptanz von Anderssein und Verschiedenheit sowie der Umgang mit Vielfalt, das heißt, das Einbeziehen aller Menschen in die schulische Gemeinschaft, sind gesellschaftliche Verpflichtung und Aufgabe. Und auch für die Schulen des Landschaftsverbandes Rheinland bedeutet es, sich auf einen Veränderungsprozess einzustellen.

Die SPD-Fraktion sieht die schulische Inklusion

- als Chance für alle Schulen in einer qualitativen Schulentwicklung,
- als Chance für die LVR-Schulen, sich selbst zukunftsfähig zu machen und mit ihrem Know-how und den Fähigkeiten ihrer Lehrkräfte im Zentrum der Inklusionsdebatte zu wirken,
- als Chance für den LVR, neue Prozesse zu steuern und
- als Chance für die Kommunen, Folgekosten wegen unzureichender Bildung zu vermeiden.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bin sicher: An der bei den Landschaftsverbänden vorhandenen Kompetenz kommt das Land nicht vorbei. Die Inklusion im Schulbereich kann wirklich gut nur in Federführung der Landschaftsverbände

sichergestellt werden. Und auch deshalb war es wichtig, den Stellenwert dieser Aufgabe durch Konzentration darauf in der Verwaltungsspitze darzustellen.

Mit dem von uns angeregten Modellprojekt „Integration behinderter Kinder unter drei Jahren“ setzt auch das Landesjugendamt seine Inklusionsbemühungen fort und setzt dort an, wo alle Inklusion beginnen muss, nämlich „von Anfang an“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer Woche werden die Ergebnisse der sogenannten Heimkinderstudie vorgestellt. Mit dieser seinerzeit vom Landesjugendhilfeausschuss angeregten Studie stellt sich der LVR seiner Verantwortung auch für die Ereignisse, die aus heutiger Sicht erschütternd sind.

Und ebenso werden wir uns weiterhin dem Programm „Erinnerungsorte/Internationale Begegnungen“ widmen;

(Beifall bei Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN und FDP)

denn genau dies muss die Aufgabe des Landesjugendamtes sein: stellvertretend für die kommunalen Mitgliedskörperschaften und gemeinsam mit ihnen Jugendlichen aus dem Rheinland zu ermöglichen, mit Jugendlichen aus den Ländern und Städten zusammenzutreffen, in denen der Nazi-Wahn verheerende Spuren hinterlassen hat.

(Starker Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Denn nur so kann die Versöhnungsarbeit dafür sorgen, dass diese Verbrechen nie wieder passieren.

Gestartet wurde diese Erinnerungsarbeit mit dem Projekt „Rosen für Lidice“, welches bundesweit für Aufsehen sorgte. Gefördert werden alle diese Projekte mit erheblichen Landes- und Bundesmitteln.

Der von der CDU-Fraktion vorgelegte Antrag mit dem Ziel, „Erinnerungsarbeit“ zu beschränken, ist weder fachlich noch fiskalisch, höchstens populistisch nachzuzuziehen;

(Starker Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

genauso wie die letztlich durch die CDU erfolgte Ablehnung des Projektes „Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern“.

Obwohl diese sogenannte freiwillige Leistung des LVR zu erheblichen Einsparungen in den Kommunen führen wird und im Landesjugendhilfeausschuss einstimmig – mit den CDU-Stimmen – beschlossen wurde, wurde sie nachfolgend von der CDU abgelehnt; begründet im Landschaftsausschuss mit der Formulierung, das wäre eben der Unterschied zwischen den Fachpolitikern (Landesjugendhilfeausschuss) und den Finanzpolitikern.

Tja, und damit, sehr geehrte Damen und Herren, bin ich bei einem besonderen Kapitel dieser Haushaltsberatungen angelangt: den diesjährigen CDU-Anträgen zum Haushalt.

Auf einen Nenner gebracht:

- kurzfristigst eingebracht, sodass eine Beratung in den Fachausschüssen nicht möglich war, das heißt auch
- gedacht ausschließlich als populistischer Schnellschuss,

(Zustimmung bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP – Frau  
Eckenbach, CDU: Besser als gar  
keine Anträge!)

sozusagen für die „Kommunale Galerie“,

- ergänzt durch ein durchgehend widersprüchliches Abstimmungsverhalten zu einzelnen Vorlagen im Laufe der Haushaltsberatungen, wie eben schon erwähnt.

Und dann auch noch gekrönt durch eine reißerische Pressemeldung zur heutigen Landschaftsversammlung.

(Frau Eckenbach, CDU: Die war  
gut! – Frau Beck, Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN: Die war falsch! – Frau  
Eckenbach, CDU: Die war super!)

Man könnte sie nach dem, was wir heute Morgen gehört haben, als Headline-Risiko für den Landschaftsverband bezeichnen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD,  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das heißt: Schlechte und falsche Nachrichten schaden dem Verband.

Ich will drei kurze Anmerkungen dazu machen:

1. Das von Ihnen kritisierte „Europa-Büro“ des LVR wurde in der Fachkommission „übereinstimmend“ unterstützt – mit Stimme Ihres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Das sollten Sie untereinander klären.

(Frau Dr. Strack-Zimmermann,  
FDP: Die reden miteinander nicht!)

2. Das Kompetenz-Team „Inklusion“ wurde gemeinsam mit Ihnen beschlossen. Die 25 Stellen speisen sich, wie Sie wissen, zum weitaus größten Teil aus bereits vorhandenem „internen“ Personal und

3. zum Thema „Vetternwirtschaft“: Tja, sage ich, wer kennt sich im LVR mit diesem Thema besser aus als die CDU-Fraktion?

(Heiterkeit und Beifall bei SPD,  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Eigentlich ist es wirklich schade, dass so viel gutes Potenzial der CDU-Fraktion so unglücklich eingesetzt wird. Aber ich denke, eine Problemlösung ist in Sicht. Sie ist meines Erachtens versteckt in dem Antrag 13/48 der CDU-Fraktion, mit dem wir uns natürlich intellektuell auseinandergesetzt haben.

(Frau Dr. Strack-Zimmermann,  
FDP: Obwohl uns das schwerfiel,  
das müssen Sie zugeben!)

Sie ist in diesem Antrag wirklich versteckt. Ich habe ihn bei mir. Das ist schon ein schöner Antrag, muss ich sagen. Darin gibt es den Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, welches einen permanenten Innovations-

prozess innerhalb der Verwaltung sicherstellt.

Der letzte Absatz dieses Antrages lautet – langsam und leicht –:

Effizienzreserven und Innovationsfelder beim Landschaftsverband Rheinland sind sicherlich vorhanden. Sie können nur gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entdeckt werden. Es ist Aufgabe der Verwaltungsleitung, diese Potenziale möglichst umfassend auszuschöpfen.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Absatz „Landschaftsverband Rheinland“ und „Verwaltungsleitung“ durch „CDU-Fraktion“ und „CDU-Fraktionsführung“ ersetzen, werden wir – so ist zu hoffen – im nächsten Jahr ein solch undemokratisches und chaotisches Verhalten hier nicht mehr erleben.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Abschließend zum Bereich Jugend einen herzlichen Dank an Herrn Landesrat Elzer, der seit Herbst diese neue Aufgabe feinfühlig angegangen ist und mit großer Kompetenz meistert!

Kompetenz ist auch das Markenzeichen unserer Kulturdezernentin Milena Karabaic und damit die Grundlage der Arbeit des Kulturdezernates, weniger auch hier die der CDU-Anträge. Die zum Beispiel dort geforderte „Übernahme von Betriebskosten für die Netzwerkprojekte auszuschließen“ kann gleichgesetzt werden mit „Netzwerkprojekte beenden“.

Und genau das, meine Damen und Herren, wäre töricht! Es gibt wohl kaum eine bessere Reklame für den LVR bei den Kommunen.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Eines der besten Beispiele hierfür ist Vogensang: Der LVR, Mitgliedskörperschaften des LVR, deren Mitgliedskörperschaften sowie die Deutschsprachige Gemeinschaft verständigen sich auf ein gemeinsames Projekt und finanzieren es auch gemein-

sam; interkommunale Zusammenarbeit, die vom Land dann hoffentlich auch mit der Finanzierung des notwendigen Investitions belohnt werden wird.

Richtig ist natürlich, dass wir in Anbetracht der aktuellen und zu erwartenden Haushaltslage sehr sorgfältig werden überlegen müssen, welche Prioritäten wir setzen wollen und werden.

Verantwortung hat die SPD-Fraktion auch im Gesundheitsbereich übernommen. Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der LVR-Kliniken haben wir in der vergangenen Legislaturperiode wesentliche Veränderungen zur Neustrukturierung und Reorganisation beschlossen. Dies ständig in dem Bewusstsein, dass die Zukunft der LVR-Kliniken primär durch die Qualität der Arbeit, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den LVR-Kliniken leisten, bestimmt wird.

Denn: Psychiatrie lebt von Beziehung, basiert auf Begegnung. Beziehungsgestaltung als Voraussetzung therapeutischer und pflegerischer Arbeit kann nur durch Menschen geschehen. Insofern ist Qualität in der psychiatrischen Behandlung abhängig von einer angemessenen Personalausstattung, von qualifiziertem und motiviertem Personal, das selbstverständlich angemessen und tarifgerecht vergütet wird.

Insofern war es konsequent und leider auch notwendig, den gesetzlichen Anspruch auf die Erfüllung von 90 Prozent der PsychPV im Budgetjahr 2009 vor der Schiedsstelle KHG Rheinland gegen die Krankenkassen durchzusetzen.

Der hart erstrittene Erfolg wird in diesem und zum Teil im nächsten Jahr nachvollzogen und führt dazu, dass in den LVR-Kliniken eine große Anzahl von PsychPV-Personal eingestellt werden kann.

Diese deutliche Erhöhung der Beschäftigtenzahl stellt einen ganz bedeutenden Baustein zur Zukunftssicherung unserer Kliniken dar. Und an der Stelle war es aus Sicht der Gestaltungsmehrheit dann auch an der Zeit, dafür zu sorgen, dass die vielen befristeten Arbeitsverträge entfristet werden, also bereits vorhandenes Personal

endlich ordentliche Arbeitsverträge auf neuen Stellen bekommt.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist aus unserer Sicht nur fair, erhöht die Zufriedenheit des Personals, schafft Bindung und steigert somit auch die Qualität der Betreuung.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Kliniken hängt aktuell von weiteren wichtigen Weichenstellungen ab:

Notwendig ist

- die Vorbereitung auf das ab 2013 budgetneutral einzuführende neue Entgeltsystem;
- eine weitere Ausdifferenzierung bedürfnisorientierter Angebotsgestaltung;
- eine wohnortnahe, maximal niedrigschwellige Behandlungsorganisation – ich denke zum Beispiel an den Ausbau ambulanter Komplexsysteme –;
- und selbstverständlich muss dem augenfällig enormen Investitionsbedarf unserer Kliniken durch ein kluges, vor allem hinsichtlich seiner inhaltlichen und zeitlichen Umsetzbarkeit realistisches Finanzierungskonzept begegnet werden.

Ein gewaltiger Umbruch, der von den Beschäftigten in den Kliniken mitgetragen werden muss, weshalb gleichermaßen die Investition in unser Personal, die Entwicklung unseres Personals, unverzichtbar ist.

Die Zukunftssicherung unserer LVR-HPH-Netze mag im Vergleich dazu unproblematisch erscheinen. Ich möchte aber an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass es einen enormen Erfolg bedeutet, dass in den Heilpädagogischen Heimen die Rahmenzielvereinbarung I mit einer doppelt so hohen Veränderungs- bzw. Umwandlungsquote von stationär nach ambulant erfüllt wurde, wie dies in der Vereinbarung festgeschrieben war, und dass die in Analogie zur Rahmenzielvereinbarung II zwischen den betroffenen Trägerdezernaten abgeschlossene Zielvereinbarung eine Umwandlungsquote beinhaltet, die deutlich über die mit der freien Wohlfahrtspflege

vereinbarte Quote hinausgeht und auch erfüllt werden kann.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Ulli Lubek, die damit den politischen Willen in vorbildlicher Weise umgesetzt hat!

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die kommunale Finanzlage, vor allem die ab 2011, ist eine Katastrophe. Ohne Hilfe von Bund und Land werden weite Teile der kommunalen Familie pleite gehen, wird die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung zur Farce.

Dies muss durch entsprechende überparteiliche Initiativen auf allen kommunalen Ebenen verhindert werden. Sowohl der Bund als auch das Land müssen hier endlich ihrer Pflicht nachkommen, den von der Verfassung vorgeschriebenen Freiraum wieder herzustellen.

Für den LVR begrüßen wir die verwaltungsinterne Bildung der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung.

Um im Einvernehmen mit der Verwaltung zu sinnvollen und nachhaltigen Einsparungen zu kommen, habe ich im Landschaftsausschuss die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Konsolidierung, besetzt durch Verwaltung und Politik, vorgeschlagen. Zur Teilnahme an dieser Arbeitsgruppe laden wir ausdrücklich alle Fraktionen ein.

Natürlich werden wir dem vorgelegten Haushaltsentwurf und der damit verbundenen moderaten Umlagesteigerung zustimmen. Alles andere ist kurzsichtig, denn:

1. Fast alle Mitgliedskörperschaften zahlen absolut weniger als im Vorjahr,

(Boss, CDU: Weil sie auch weniger Steuereinnahmen haben!)

haben also eine echte Entlastung. Dies hatte für uns erste Priorität.

2. Die Erhöhung deckt noch nicht mal das zu erwartende Defizit ab.

3. Für den Fall der Nichtanhebung fehlen dem Haushalt 2011 schon allein weitere 40 Millionen Euro an Basis.

4. Fast alle Mitgliedskörperschaften haben ihren Haushalt 2010 bereits verabschiedet und die leichte Erhöhung längst eingeplant.

Verantwortlich handeln heißt hier, dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen und 24 von 26 Mitgliedskörperschaften zu entlasten.

Liebe Frau Hötte, wie immer an dieser Stelle, Ihnen und Ihrem Team ganz herzlichen Dank für die Mühe und die Vorlage eines sehr gelungenen Haushaltsentwurfes.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Herzlichen Dank auch an den Landesdirektor, Harry Voigtsberger, für seinen immensen Einsatz im letzten Jahr beim unerfreulichen Thema WestLB.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es ist nicht zuletzt ihm zu verdanken, dass dem LVR größerer Schaden erspart blieb und damit der LVR auch weiterhin eine „Zukunft“ hat, an deren Gestaltung sich die SPD-Fraktion wie bisher gerne aktiv und kreativ beteiligen wird, und zwar heute und jeden Tag aufs Neue, denn, so Herbert Knebel:

„Jetzt is, wo früher inne Vergangenheit die Zukunft war.“ – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender starker Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP – Zuruf von der CDU: Langes Klatschen bringt noch keine Anträge!)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Beck. Bitte.

**Frau Beck** (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen

und Freunde! Wir werden heute gemeinsam mit unseren Partnern von SPD und FDP dem Haushalt 2010 zustimmen. Diese Entscheidung, die Umlage um 0,15 Prozentpunkte zu erhöhen, haben wir intensiv diskutiert. Dabei haben wir uns vor allem von zwei Zielen leiten lassen.

Erstens. Wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, um die Leistungsfähigkeit des LVR zu erhalten und politischen Gestaltungsspielraum zu bewahren, den wir benötigen, um die Qualität für diejenigen Menschen zu sichern, die auf unsere Hilfe angewiesen sind.

Orientiert man sich an diesem Ziel, wäre eine Umlageerhöhung um 0,5 Prozentpunkte allein in 2010 gerechtfertigt gewesen.

Das zweite Ziel, dem sich die Gestaltungsmehrheit verpflichtet fühlt, ist die verlässliche Partnerschaft mit unseren Mitgliedskommunen. Gerade in Zeiten, in denen Städte und Kreise durch bundes- und landespolitische Entscheidungen und durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise am finanziellen Abgrund stehen, müssen wir das Rücksichtnahmegebot besonders beachten. Das hätte es eigentlich nahe gelegt, in diesem Jahr komplett auf eine Umlageerhöhung zu verzichten.

Wir haben über diesen Zielkonflikt lange in unserer Fraktion diskutiert, und – das finde ich entscheidend – wir haben beide Ziele nicht aus den Augen verloren; im Gegensatz zur CDU, die öffentlichkeitswirksam vorgibt, sich auf die Seite der Kommunen zu stellen, ohne auch nur mit einem Wort auf die Auswirkungen ihrer Anträge für die Menschen mit Behinderung einzugehen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir haben uns dazu entschieden, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen, und zwar vor allem aus zwei Gründen:

Auf eine Umlageerhöhung zu verzichten und damit ein höheres Defizit in Kauf zu nehmen, kann man tun, wenn eine Besserung der Finanzsituation bald zu erwarten

ist. Doch davon ist weit und breit nichts zu merken. Und im Zuge der Haushaltsberatungen haben sich die finanzpolitischen Eckdaten für den LVR weiter dramatisch verschlechtert. Dies nicht zur Kenntnis zu nehmen und stur am Kurs festzuhalten, wäre unverantwortlich gewesen.

(Beifall bei Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN und FDP)

Bei aller jetzt natürlich noch größeren Sympathie und Verbundenheit mit unserem Schwesterverband: Wir wollen auch keine Achterbahnfahrt bei der Umlage.

Eines der Kennzeichen der Gestaltungsmehrheit im Landschaftsverband Rheinland ist, dass wir den Kommunen Planungssicherheit geben. Und das soll so bleiben.

Deshalb tragen wir angesichts der zu erwartenden finanziellen Turbulenzen, die die gesamte kommunale Familie treffen, diese moderate Umlageerhöhung mit.

Trotz dieser Erhöhung des Umlagesatzes zahlen mit Ausnahme von Bonn und des Rhein-Kreises Neuss alle Kommunen gegenüber 2009 weniger.

Deshalb wird der LVR 2010 auch insgesamt rund 63 Millionen Euro weniger über die Landschaftsumlage einnehmen als 2009.

Wir haben in den ersten fünf Jahren der Gestaltungsmehrheit den Umlagesatz kontinuierlich von 17,3 auf 15,85 Prozentpunkte gesenkt;

(Runkler: Das hat die  
CDU längst vergessen!)

im krassen Gegensatz übrigens zur vorher fünf Jahre lang bestehenden absoluten CDU-Mehrheit.

(Paßmann, FDP: So ist das! – Lebhafter Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Diese erhöhte innerhalb von fünf Jahren den Satz von 15,2 auf 17,3 Prozentpunkte. Und da war von Bankenkrise noch keine Rede.

(Zuruf: Das habt ihr wohl vergessen, was?)

Ein weiteres Kennzeichen der LVR-Ampel ist, dass wir bei allen Entscheidungen konstruktiv zusammenarbeiten – ohne Hickhack und an der Sache orientiert. Welch ein Unterschied zu dem unsäglichen Gezänk, das sich gerade in Berlin abspielt!

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wer in der aktuellen Situation Steuersenkungen für Hoteliers beschließt, der hat weder ein Gespür für die Nöte der Kommunen und noch viel weniger für die Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Kommunen protestieren – zu Recht. Der Bund belastet die Kommunen nicht nur bei den Einnahmen. Er belastet die kommunale Familie auch immer stärker bei den sozialen Aufgaben, wie beispielsweise bei der Kinderbetreuung und den Wohnhilfen für Hartz-IV-Bezieher. Und immer trifft es die Regionen am heftigsten, die ohnehin schon die höchste Arbeitslosenquote haben und so bereits die Hauptlast der Rezession tragen.

„Belastungsgerechtigkeit“ nennt die Bundesregierung ihre Strategie. Ich kann beim besten Willen keine soziale Balance erkennen, wenn Besserverdienende entlastet werden und Hartz-IV-Empfängerinnen das Elterngeld gestrichen wird.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aber auch das Land hält sich an den Kommunen schadlos:

Da werden Gelder für die Kinderbetreuung nicht weitergegeben. Da wurde die Umwelt- und Versorgungsverwaltung den Kommunen übertragen, ohne dies ausreichend zu finanzieren.

Diese kommunalfeindliche Politik in Bund und Land ist neben der Finanz- und Wirtschaftskrise die Hauptursache für die Krise der kommunalen Haushalte.

(Vereinzelte Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle wissen, dass unser Haushalt zum überwiegenden Teil aus gesetzlichen Leistungen besteht, auf die die Menschen zu Recht Anspruch haben. Gerade in unserem größten Kostenbereich, der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, gibt es auf der Ausgabenseite nur sehr geringe Steuerungsmöglichkeiten, zumal die Fallzahlen kontinuierlich steigen und bereits heute höher sind, als im Haushalt eingeplant.

Der Bereich der sogenannten „freiwilligen Leistungen“ ist ziemlich klein. Sogar, wenn wir alle diese Leistungen ersatzlos streichen, werden wir die Haushaltskrise nicht lösen. Da geht es uns nicht anders als den meisten rheinischen Kommunen.

Wenn jetzt einige Kämmerer, Land- und Stadträte den Eindruck zu erwecken versuchen, die Landschaftsverbände seien Mitverursacher ihrer Haushaltsprobleme, mag das politischem Kalkül geschuldet sein. Mit der Wahrheit hat das nichts zu tun.

Wir nehmen bewusst einen nicht ausgeglichenen Haushalt in Kauf, obwohl die Kommunalaufsicht dies jetzt schon kritisch sieht. Wir stellen uns damit an die Seite der gebeutelten Kommunen.

Der Haushaltsausgleich gelingt trotz der Umlageerhöhung nur unter Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von etwa 47 Millionen Euro. In den kommenden Jahren werden wir unsere wahrlich nicht üppige Ausgleichsrücklage völlig aufbrauchen müssen. Insofern droht dem LVR wie der gesamten kommunalen Familie die Überschuldung.

Solange nicht endlich in Bund und Land eine kommunalfreundliche Politik gemacht wird, die auch die Einnahmen verstetigt, so lange denken wir in den Kommunen darüber nach, unsere Schwimmbäder, Theater und Museen oder wichtige Jugendeinrichtungen zu schließen, ohne damit tatsächlich auch nur im Ansatz eine nachhaltige Perspektive zu entwickeln. Das ist skandalös!



(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Zuruf: Siehe Brüssel!)

Die kommunale Familie muss aber künftig stärker an einem Strang ziehen, um endlich eine nachhaltige Finanzausstattung der Städte und Kreise zu erreichen. Ein „Schwarzer-Peter-Spiel“ schwächt nur die Durchsetzungsfähigkeit der kommunalen Interessen. Dazu gehört auch, nicht auf der einen Seite zu fordern, der LVR möge die notleidenden kommunalen Kultureinrichtungen finanzieren, und andererseits gegen die Umlage Sturm zu laufen.

Wir werden in den kommenden Jahren unseren Konsolidierungsbeitrag leisten.

Wir haben im Landschaftsausschuss mit der Gestaltungsmehrheit die Idee, die die Kämmerin bereits im Finanzausschuss formuliert hat, aufgegriffen und die Einsetzung der Haushaltskonsolidierungsgruppe beschlossen. Dort sollen Politik und Verwaltung Vorschläge prüfen, wie wir in den kommenden Jahren Einsparungen realisieren können.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass auch die anderen Fraktionen im LA ihre Bereitschaft erklärt haben, am Konsolidierungsprozess mitzuwirken. Dafür gebührt ihnen mein Dank.

In diesen Prozess gehören auch einige Vorschläge, die die CDU zum Haushalt eingebracht hat. Schade nur, dass diese so spät eingereicht wurden, dass sie in den zuständigen Fachausschüssen nicht mehr beraten werden konnten. Gleiches gilt übrigens für die Anträge der Freien Wähler und der Linken.

Auch die Verwaltung hatte durch dieses Timing keine Chance, die Vorschläge zu prüfen und seriös Auskunft darüber zu geben, welche Auswirkungen damit verbunden sind.

(Frau Dr. Strack-Zimmermann,  
FDP: Das war ja auch gewollt!)

– Genau.

Selbstverständlich gab es bei den eingegangenen Anträgen auch solche, die wir auch mit Prüfung ablehnen würden. So ist

für mich nach wie vor unerklärlich, dass die CDU in der entsprechenden Kommission massiv mehr internationales Engagement des LVR fordert und dann einen Haushaltsantrag zur Streichung der weiteren Zusammenarbeit einbringt.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Runkler, FDP: So sind sie!)

Insgesamt hatte ich bei den CDU-Anträgen sowieso den Eindruck – und da bin ich ganz bei dir, Jürgen Rolle –, dass Sie zuerst beschlossen haben, den Haushalt abzulehnen. Dann haben Sie ein paar Anträge gestellt, um eine Begründung für Ihre Ablehnung zu haben.

Und völlig unverständlich ist mir, dass Sie auch solche Maßnahmen jetzt ablehnen, denen Sie früher inhaltlich zugestimmt haben und die im Endeffekt den Kommunen Geld sparen helfen, wie beispielsweise bei der Hilfe für Kinder psychisch kranker Eltern. Aber sei's drum!

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Andere Vorschläge der Oppositionsfraktionen finde ich durchaus prüfenswert, und die sollten auch in den Konsolidierungsprozess eingebracht werden.

Die Gestaltungsmehrheit hat für den Haushalt 2010 ganz bewusst keine Anträge gestellt. Wir haben in unserem Koalitionsvertrag deutlich gemacht, wo und wie wir gestalten wollen. Und auch das zeichnet die Gestaltungsmehrheit im LVR aus: Wir wollen gestalten – im Gegensatz zur CDU, die sich hier als vermeintlicher Retter der Kommunen aufspielt und sie in Bund und Land in den Würgegriff nimmt.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Aber ich kann es Ihnen nicht ersparen, auch auf den bahnbrechenden Gestaltungsantrag unter 13/48 einzugehen, den die CDU eingebracht hat. Der LVR soll innovativer werden. Prima! Die zentralen Forderungen sind, dass man sich mal anders hinsetzen und auch ranghöhere Schwafler sofort unterbrechen soll. Wow!

Das nenne ich mal einen durchdachten Antrag. Wir kommen darauf zurück!

Wir wissen, dass wir einige Vorhaben, die wir in unserem Koalitionsvertrag beschrieben haben, aufgrund der Finanzkrise in „bessere Jahre“ verschieben müssen. Aber wir haben auch Maßnahmen verabredet, die Geld sparen. So werden wir beim zentralen inhaltlichen Thema unserer Koalitionsvereinbarung, dem Aufbau einer inklusiven Gesellschaft, genau darauf achten, wie die beschlossenen Maßnahmen gegenfinanziert werden.

Natürlich müssen wir Kinder mit Behinderung, die künftig in allgemeinen Schulen unterrichtet oder in Regel-Kitas betreut werden, finanziell unterstützen. Aber wenn ich mir vergegenwärtige, was wir in den vergangenen Jahren für Schulneubauten und -sanierungen ausgegeben haben, was der Bau von Sonderkindergärten kostet, dann zeigt sich doch, dass sich dadurch langfristig auch Kosten einsparen lassen, wenn wir von vornherein in die Regeleinrichtungen investieren.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN, SPD und FDP)

Das Ziel „ambulant vor stationär“ im Bereich Wohnen für Menschen mit Behinderung macht doch deutlich, dass inhaltlich sinnvolle Maßnahmen, die zu mehr Autonomie und Selbstbestimmung der Menschen führen, nicht unbedingt mit Kostensteigerungen Hand in Hand gehen müssen.

Bei unseren Kliniken türmt sich ein immenser Sanierungsstau auf. Auch da kann unser inhaltlicher Grundsatz, nämlich die Stärkung der dezentralen gemeindenahen Versorgung, dazu beitragen, dass wir Geld sparen. Wir wollen keine Unsummen in die Ertüchtigung von Großeinrichtungen stecken, die weder zukunftsfähig noch nachhaltig sind.

Wir werden uns angesichts der bald komplett vorliegenden Zielplanungen zusammensetzen und entscheiden, welche Maßnahmen überhaupt noch notwendig sind, und welche Sanierungen wir im Hinblick auf eine dezentrale Versorgung schlichtweg aufgeben.

Hier rufe ich die Kommunen, die zu Recht von uns Haushaltsdisziplin fordern, dazu auf, uns bei der Vermarktung der nicht mehr benötigten Klinikflächen besser als in der Vergangenheit zu unterstützen.

Bei den anstehenden Kliniksanierungen werden sicherlich auch wieder Diskussionen hochkommen, ob wir uns den rheinlandweit vorbildlichen Passivhausstandard noch leisten können. Wir werden an diesem Standard festhalten, denn wir haben nachgewiesen, dass das nicht nur CO<sub>2</sub> spart und damit unser Klima schont. Wir sparen durch die weiter steil ansteigenden Energiekosten auch viel Geld.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN, SPD und FDP)

Dies waren nur einige Beispiele von Aufgaben, denen wir uns nicht nur im Rahmen der Haushaltskonsolidierung stellen wollen und müssen.

Sie sehen, die Gestaltungsmehrheit wird auch in den kommenden Jahren weiter gestalten: zum Wohle der Menschen im Rheinland, aber auch mit Rücksicht auf die desaströse Finanzlage der Kommunen.

Und zum Schluss will ich noch Dank sagen: als erstes der Kämmerin und ihrem Team, die uns bei den Haushaltsberatungen hervorragend unterstützt haben. Nicht nur durch unsere beiden „grünen“ Dezerentinnen fühlen wir uns in der Verwaltungsspitze gut vertreten.

Deshalb mein herzlicher Dank natürlich auch an Frank vom Scheidt und Martina Hoffmann-Badache, die heute in Berlin auf dem Inklusionskongress – Dr. Jürgen Wilhelm hatte es ja erwähnt – sich aufhält und von dort sicherlich neue Ideen mitbringt.

Der gesamten Verwaltungsspitze meinen herzlichen Dank!

(Beifall bei Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN, SPD und FDP)

Als Zweites natürlich geht mein Dank an unsere bisherigen und neuen Koalitionspartner. Die Haushaltsberatungen waren trotz des Drucks, dem wir ausgesetzt waren, immer fair und äußerst konstruktiv.

Und ich möchte auch meiner Fraktion danken für die konstruktive und lösungsorientierte Debatte über den Haushalt 2010. Vielen Dank für euer Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Der letzte Dank gilt natürlich Ihnen allen, meine Damen und Herren der Landschaftsversammlung, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Für die FDP-Fraktion spricht Herr Effertz. Bitte sehr.

**Effertz (FDP):** „Wenn wir aufhören besser zu werden, werden wir bald nicht mehr gut sein.“ Mit diesem Zitat, sehr geehrter Herr Präsident, Herr LVR-Direktor Voigtsberger, sehr geehrte Herren Gebhard und Löb vom LWL, liebe Landesrätinnen, geschätzte Herren Landesräte und meine Damen und Herren Kollegen,

(Allgemeines Oh!)

von Oliver Cromwell eröffnete ich 2006 meine Haushaltsrede. Damals liefen die Steuertöpfe voll, und wir konnten mit ganzer Kraft gestalten und Schulden tilgen.

Meine letzte Haushaltsrede im vorherigen Jahr begleitete ein Zitat von Mark Twain. Er sagte: „Von jetzt an gebe ich nur noch so viel aus, wie ich einnehme – und wenn ich mir dafür Geld borgen muss.“ Sie sehen schon, wie sich die finanzielle Situation im Laufe dieser Jahre verändert hat, und deswegen könnte meine Haushaltsrede in diesem Jahr unter dem Motto stehen: „Schluss mit lustig!“

Denn in der Tat: Dieser Haushalt und – mehr noch – die mittelfristige Finanzplanung stellen uns vor nahezu unlösbare Aufgaben. Meine Vorredner haben hierzu schon vieles gesagt. Die Lage ist sehr ernst. Doch auch in dieser schwierigen Zeit werden wir von der Gestaltungsmehrheit uns die Freude an der Arbeit nicht nehmen lassen, die Freude zu gestalten.

Mein Fraktionsvorsitzender Bernd Paßmann sagt über das Verhältnis innerhalb der Ampelkoalition: „Wir führen eine Ehe zu dritt.“

(Zuruf: Flitterwochen! – Zurufe von der CDU)

Und da ich selbst in ungefähr zwei Monaten – das wird Sie freuen – kirchlich heiraten werde, füge ich hinzu: „In guten wie in schlechten Zeiten.“

(Heiterkeit und Beifall bei FDP,  
SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Denn wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir auf der einen Seite gestalten können: „ambulant vor stationär“, Netzwerke im Kultur- und Umweltbereich, veränderte Strukturen im Klinikbereich, mehr Verantwortung vor Ort. Und auf der anderen Seite haben wir bewiesen, dass wir auch mit den Finanzen verantwortungsvoll umgehen: Der Hebesatz wurde von 17,3 auf 15,8 gesenkt. Der Schuldenberg, den Sie uns hinterlassen haben, wurde von 711 Millionen Euro auf heute noch 535 Millionen Euro gesenkt.

(Beifall bei FDP, SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und jetzt wird der Gestaltungsspielraum enger. Deswegen ist es umso wichtiger, kreative Lösungen zu finden, um den Erfolg der letzten Jahre zu sichern. Es ist umso wichtiger, die Kommunen nicht stärker zu belasten, als unbedingt notwendig.

Jetzt wäre es einfach, wieder den Blick auf die WestLB zu richten. Immerhin hat uns unser bisheriges Engagement im Rahmen der Konsolidierung der WestLB mehr als 200 Millionen Euro gekostet. Die Stabilisierungen im letzten Jahr und die Gründung der Ersten Abwicklungsanstalt haben uns vor allem den Haushaltsausgleich 2009 deutlich verhagelt.

Ebenso einfach wäre es, an Bund und Land zu appellieren, dass zunehmende Aufgabenübertragungen auf Kommunen und kommunale Verbände so nicht mehr leistbar ist. Einfach wäre es, auf die steigenden Fallzahlen in der Eingliederungshilfe zu zeigen und zu sagen: Seht her, das ist eine

gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Aufgabe können die Kommunen alleine nicht mehr stemmen.

Denn es ist ja in der Tat so: Allein die Leistungserbringung für die sogenannte „ambulante Komplexförderung“, bei der die komplette Zuständigkeit von dem örtlichen auf den überörtlichen Träger der Sozialhilfe erfolgt ist, führt zu einem Mehraufwand in Höhe von über 20 Millionen Euro pro Jahr!

Aber ich finde es auch richtig, dass diese Aufgabe an den LVR übergegangen ist; denn es handelt sich hier um eine klassische Aufgabe des LVR; eine Aufgabe, die der LVR in seiner Ausgleichsfunktion wahrnehmen muss.

Wenn wir hier den eben von mir genannten Betrag von 20 Millionen Euro nehmen, so entspricht das allein schon der Umlagehebesatzanhebung von 0,15 Prozentpunkten!

Und am einfachsten machen Sie es sich, meine Damen und Herren von der CDU. Sie fragen einfach die Verwaltung: Was sind Pflichtaufgaben, und was sind freiwillige Leistungen? Dann streichen wir einfach alle freiwilligen Leistungen und machen nur noch „Dienst nach Vorschrift“.

(Zurufe von der CDU)

Sicher, das ist einfach. Aber das ist nicht kreativ – und nachhaltig ist es schon gar nicht.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Was machen Sie denn?)

Wären wir in der Vergangenheit so verfahren, hätte es das Anreizprogramm „ambulant vor stationär“ nicht gegeben. Dann hätte es den Platzabbau nicht gegeben. Dann hätte es viele hundert Menschen getroffen, die heute noch im stationären Bereich leben müssten und nicht im ambulanten Bereich so leben können, wie sie wollen und auch können.

(Beifall bei der FDP)

Und was glauben Sie? Bei den Fallzahlsteigerungen der Vergangenheit, wie sähe wohl heute unser Haushalt aus, wenn wir

diese sinnvolle freiwillige Leistung nicht erbracht hätten? Glauben Sie, der Haushalt wäre heute besser aufgestellt? – Sehen Sie, ich auch nicht.

(Heiterkeit bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der FDP)

Gerade deshalb machen wir es uns auch nicht so einfach. Wir halten an freiwilligen Leistungen fest, wenn sie sinnvoll sind. Und sinnvoll sind sie immer dann, wenn sie zum einen den betroffenen Menschen helfen und langfristig auch Geld sparen: das Geld der Kreise und Kommunen, das Geld der Steuerzahler.

(Beifall bei der FDP)

Was heißt das jetzt konkret? Ich gebe Ihnen ein Beispiel: ein Beispiel für eine freiwillige Leistung, ein Beispiel für eine sinnvolle Leistung: die Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern.

(Frau Eckenbach, CDU: Ja, die Kommunen bezahlen doch!)

– Sehen Sie, Frau Eckenbach, ich bin ja für intellektuelle Zwischenrufe immer sehr dankbar, weil sich da mein brillantes rhetorisches Talent entfaltet.

(Allgemeine große Heiterkeit und Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Doch an dieser Stelle denken Sie noch mal darüber nach!

(Heiterkeit und Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Erstens hilft dieses Programm zum einen den betroffenen Kindern, und zum anderen spart es gleich doppelt Geld: erstens sehr kurzfristig, weil hier Heimunterbringungen verhindert werden können. Wir als Kommunalpolitiker wissen doch, wie die Haushalte aussehen und wie viel Heimunterbringung kostet.

Auf der anderen Seite: Wenn dieses Programm dazu beiträgt, dass wir langfristig Geld sparen, indem wir psychische Erkrankungen von Kindern und späteren Erwachsenen verhindern oder wesentlich besser und schneller therapieren können, dann

hat sich diese Leistung schon gelohnt, und dann ist es eine sinnvolle Investition in die Zukunft.

(Beifall bei FDP, SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und genauso haben Sie von der Union das im Landesjugendhilfeausschuss ja auch gesehen. Deshalb gab es ja diesen einstimmigen Beschluss. Aber jetzt machen Sie es sich wieder sehr einfach: Im Fachausschuss stimmen sie zu; im Landschaftsausschuss lehnen Sie ab. Sie lehnen damit natürlich auch Beschlüsse ab, die Ihre Fachpolitiker selbst getroffen haben. Das führt nicht dazu, dass wir uns im Ausschuss aufeinander zu bewegen können.

Wozu sollten wir Anregungen Ihrer in der Tat sehr geschätzten Fachpolitiker aufnehmen? Wozu sollten wir mit Ihnen in der Diskussion Kompromisse eingehen, wenn Sie anschließend im Finanzausschuss oder im LA alle Beschlüsse wieder torpedieren?

(Zustimmung bei FDP, SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Sie verspielen mit diesem unberechenbaren Abstimmungsverhalten ein gutes Stück politische Kultur.

(Zustimmung bei FDP, SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und nicht nur durch dieses unberechenbare Abstimmungsverhalten, auch unter völlig polemischen Pressemitteilungen leidet die politische Kultur; vor allem dann, wenn sie weder wahr noch geistreich sind.

(Zustimmung bei FDP und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Zurück zum Beispiel, zu den Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern. Hierzu höre ich jetzt ein weiteres Argument: Der LVR tue etwas, was den Kommunen in der Haushaltssicherung untersagt werde, und das ginge nicht. Allein deshalb müsse es abgelehnt werden.

Das ist leider mal wieder viel zu einfach. Wenn also eine Leistung sinnvoll ist, wenn eine Leistung den Haushalt strukturell verbessert, wenn eine Leistung langfristig

Geld spart, dann darf sie für den LVR nicht tabu sein.

(Beifall bei FDP und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Denn der LVR hat ja kein eigenes Geld.

(Zustimmung bei FDP, SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Boss,  
CDU: Richtig! – Genau! bei der  
CDU)

Wir haben nur das Geld der Kommunen. Und denen gegenüber sind wir verpflichtet.

Sie sollten also dann, wenn wir solche sinnvollen Leistungen aufnehmen, die andere nicht dürfen, nicht uns kritisieren, sondern die Aufsichtsbehörde.

Und ein anderer Punkt ärgert mich bei Ihrer simplen Unterteilung in Pflicht und Kür. Die Annahme nämlich, die ja dahinter steckt, dass wir bei den Pflichtaufgaben gar nicht sparen könnten. Bei vielen Pflichtleistungen wird nur die Aufgabe beschrieben, nicht aber en detail die Ausgestaltung, die Umsetzung und die Standards.

Ich glaube, wir können bei vielen Pflichtaufgaben sparen. Und ich glaube, wir müssen es sogar.

(Beifall bei FDP, SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt konkret: Wir werden in den nächsten Jahren die Standards überprüfen.

(Einmahl, CDU: 2011!)

Gibt es hier Möglichkeiten zu sparen? Was können wir beeinflussen? Und wenn wir etwas nicht direkt beeinflussen können, wie zum Beispiel die steigenden Fallzahlen, dann fragen wir uns: Können wir die Strukturen, die Organisation der Aufgabe beeinflussen? Und genau das werden wir tun.

Nehmen wir das Beispiel Inklusion. Es ist schon mehrfach angesprochen worden. Aber auch unter fiskalischen Gesichtspunkten kann ich hier die Kritik der CDU nun gar nicht verstehen. Eben noch wollten Sie den Eindruck erwecken, Sie seien die einzigen Sparwilligen im LVR, und dann leh-

nen Sie die Stellenausweitung für das Kompetenz-Team Inklusion – jetzt sogar presseöffentlich – ab, obwohl Sie im November der Vorlage im Landesjugendhilfeausschuss einstimmig zugestimmt hatten. Sie machen es sich damit einfach. Einfach machen Sie es sich!

Schauen Sie sich doch noch mal die Vorlage an. Ich gebe Ihnen die Nummer: 12/4755. Dort lesen Sie auf Seite 5:

Durch die zusätzlichen Mitarbeiter im Fallmanagement soll, beginnend im Jahr 2010, der individuelle Unterstützungsbedarf von 15.000 Heimbewohnern überprüft und Alternativen zum Heim ermöglicht werden. Es wird erwartet, dass daraus resultierend jährlich rund 650 Leistungsberechtigte aus dem Wohnheim ausziehen und ambulante Wohnhilfen in Anspruch nehmen können.

Weiter heißt es:

Es kann damit also prognostisch ein Aufwand von rund 5 Mio. € pro Jahr verhindert werden.

Nehmen wir jetzt die Personalkosten. Selbst wenn wir alle extern einstellen würden, hätten wir rund 50.000 Euro Personalkosten pro Stelle/Jahr. Das entspricht einer Investition von 1,25 Millionen Euro. So weit gehen Sie mit mir d'accord. Das ist ein Viertel der prognostizierten Einsparung. Und ich frage Sie: Wann haben Sie zuletzt das Vielfache Ihrer Investition zurückbekommen? Das ist Sparen; das ist sinnvolle Gestaltung.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wie gesagt: Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen. Und jetzt werfen Sie uns vor, dass wir diesen einstimmigen Beschluss auch umsetzen. Das kann ich jetzt auch nicht mehr nur mit „Sie machen es sich einfach“ beschreiben.

Und wenn wir schon beim Personal sind: Herr Einmahl, Sie haben ja eben in Ihrer Rede festgestellt, dass bei der Ampel in der Personalbesetzung eine sogenannte

Bestenauswahl existiert. Wir verfahren nach dem Prinzip der Bestenauswahl, und ich empfehle Ihnen, dass sich auch einmal die CDU dieses Prinzip der Bestenauswahl zu eigen machen sollte.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN – Klemm, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN: Bei denen gibt es keine Besten!)

Zum Personal zurück: Was den Haushalt in Zukunft richtig belasten wird, sind die Pensionskosten. Hier gilt es gute und sinnvolle Lösungen zu finden. Konzepte gibt es verschiedene. Der Rhein-Erft-Kreis zum Beispiel hat einen Beamtenpensionsfonds aufgelegt, um die zukünftigen Pensionslasten besser in den Griff zu bekommen.

Andere denkbare Alternativen sind vielleicht Stiftungen oder Versicherungsmodelle. Wichtig ist es, dass wir hier klar und deutlich Transparenz in den Haushalt bringen. Ein „Weiter so!“ nach dem Motto „Et hätt noch immer jood jejange“ darf es nicht geben; denn damit belasten wir meine Generation und die dann folgenden.

Etwas anderes ist eine konkrete Personalentwicklungsplanung und die Verantwortung als großer Arbeitgeber der Region. Wir nehmen uns dieser Verantwortung an. Auch in diesem Jahr wollen wir die hohe Ausbildungsquote halten.

In den letzten Jahren haben wir als FDP immer betont, dass wir über Bedarf in Bereichen ausbilden, die „marktnah“ sind. Das heißt, dass wir junge Menschen ausbilden und sie so ausbilden, dass sie für den Fall der Nichtübernahme auf dem Arbeitsmarkt eine echte Chance haben.

Heute stellen wir fest, dass viele Kommunen selbst keine Verwaltungsmitarbeiter mehr ausbilden können, obwohl sie wissen, dass sie in einigen Jahren einen enormen Bedarf haben werden. Die Aufsichtsbehörden untersagen dies. Deshalb wollen wir auch im LVR wieder verstärkt im Verwaltungsbereich ausbilden; denn so sichern wir die Zukunft junger Menschen und halten die Verwaltung handlungsfähig.

Sie sehen also: Vieles ist nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick erscheint, die

Konsolidierung des Haushalts erst recht nicht.

Deshalb danke ich der Ersten Landesrätin und Kämmerin Renate Hötte für ihren bisherigen Einsatz für die Konsolidierung des Haushalts.

(Beifall bei FDP, SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Bei diesem großen Fehlbedarf haben Sie durch geeignete Maßnahmen schon eine ganze Menge im Haushalt und in den einzelnen Dezernaten eingespart. Durch Haushaltssperre und durch Bewirtschaftungsregelungen konnten so in 2009 schon rund 25 Millionen Euro eingespart werden.

Ich freue mich mit Ihnen, Ihren Kollegen aus der Verwaltung und den Kollegen aus der Landschaftsversammlung, in dem neuen Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung sinnvolle Lösungen gemeinsam zu erarbeiten. Ich sage das ausdrücklich: Ich freue mich auch auf die Kollegen aus der Landschaftsversammlung, wenn wir hier die finanzpolitischen Sprecher zusammenrufen, weil ich Ihren Herrn Dr. Ammermann sehr schätze und mich auf die Diskussion freue.

(Beifall bei der FDP)

Für uns als FDP ist es wichtig, dass wir in diesem Arbeitskreis alle Beteiligungen auf den Prüfstand stellen und uns ansehen: Welche Beteiligung ist sinnvoll? Welche lohnt sich? Und welche ist einfach nur eine Belastung?

Spontan denke ich zum Beispiel an die Rheinische Beamtenbau. Ein Engagement, das bei der Gründung sicherlich sinnvoll war, hat sich aus meiner Sicht überholt und passt nicht mehr zum Landschaftsverband.

Andere Beteiligungen finde ich im Kulturbereich. Hier gilt es, den Bereich der Stiftungen und Zustiftungen kritisch zu durchleuchten. Welche Stiftung ist gut aufgestellt? Welche ist das nicht? Können diese Stiftungen sinnvoll gerettet werden, oder ist es an der Zeit, schlechtem Geld kein gutes mehr hinterherzuwerfen?

Sie fragen sich, ob ich eine konkrete Stiftung vor Augen habe?

(Zurufe: Ja!)

- Ja, habe ich! Schloss Dyck.

(Beifall bei FDP und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage mich: Wie lange können und wie lange wollen wir uns dieses Engagement noch leisten?

(Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:  
So lange die CDU daran festhält!)

Sie sehen also, auch wenn die FDP den Vorsitz im Kulturausschuss führt: Es gibt auch hier keine „heiligen Kühe“. Ich glaube sogar, gerade weil die FDP den Vorsitz im Kulturausschuss führt, folgt jedes Engagement dem Grundsatz der Verantwortung gegenüber unserem Kulturauftrag und der Verantwortung gegenüber dem Haushalt und unseren Mitgliedskörperschaften.

(Beifall bei FDP und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, all diese Beispiele zeigen: Die Gestaltungsmehrheit stellt sich der neuen Herausforderung. Es nützt kein Klagen über die Finanzkrise, kein wehleidiger Blick zurück. Es bringt nicht viel, sich über die Rahmenbedingungen zu echauffieren. Auch der Verweis auf die WestLB und steigende Fallzahlen können nur erklären, warum es so ist, wie es ist.

Unsere Aufgabe ist es nun, diese neuen Bedingungen anzunehmen und die Zukunft aktiv zu gestalten, auch wenn das bedeutet, einen Sparkurs fahren zu müssen. Dieser Aufgabe widmen sich die FDP und die Gestaltungsmehrheit im LVR.

Wir stimmen dem Haushalt zu. Wir wissen, dass die nächsten Jahre nicht einfach werden, aber wir machen es uns auch nicht einfach. Und wenn es ein mühevoller Weg wird: Ich glaube, die Mühe lohnt; denn es geht um die Leistungsfähigkeit des LVR.

(Starker Beifall bei FDP, SPD und  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Für die Fraktion Die Linke. spricht jetzt Frau Detjen.

**Frau Detjen** (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Linke. hält die Erhöhung der Landschaftsumlage für nötig. Wir wissen aber auch, dass dies eine erhebliche Belastung für die Mitgliedsgemeinden ist.

Aber: Was aus der Umlage finanziert wird, müssten die Gemeinden sonst selbst und direkt tragen. Und deshalb halte ich den Antrag von den Freien Wählern, den die CDU ja offensichtlich mitträgt,

(Zurufe von der CDU: Richtig! – Bravo!)

die Landschaftsumlage beim jetzigen Satz zu belassen, für eine populistische Milchmädchenrechnung.

(Beifall bei Die Linke.)

Sie können nicht auf der einen Seite Ihre Bürgerinnen und Bürger, die von der Grundsicherung leben, dazu ermuntern, in das Programm „ambulant vor stationär“ zu wechseln, und auf der anderen Seite hoffen, die Kosten dafür lösen sich in Luft auf. Diese Kosten entstehen, aber dann eben beim Landschaftsverband. Also müssen sie auch getragen werden.

(Beifall bei Die Linke. und Peil,  
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Herr Einmahl machte gestern eine innovative Rechnung auf. Aus 63 Millionen Euro weniger Einnahmen, selbst bei Erhöhung der Landschaftsumlage, werden auf einmal 20 Millionen Euro Mehreinnahmen. Wenn wir so ein Unternehmen führten – und ich führe eines seit vielen Jahren erfolgreich –, wären wir längst insolvent, muss ich sagen.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Die Finanzsituation der Kommunen ist dramatisch – und entsprechend sind auch die Einnahmen des LVR gefährdet. Kommunen und ihre Zweckverbände stehen vor der schier unlösbaren Aufgabe, ihren Pflichtaufgaben nachzukommen, obwohl die Einnahmen wegbrechen. Ursache für

die katastrophale Situation ist im Wesentlichen nicht die Ausgabenpolitik der Kommunen und die des Landschaftsverbandes; Ursachen sind auf der einen Seite die Finanz- und Wirtschaftskrise, die die Steuereinnahmen zusammenbrechen lässt. Aber vor allem auch politische Beschlüsse auf Bundes- und Landesebene, die immer mehr Aufgaben auf die Kommunen abwälzen, ohne für die notwendigen finanziellen Mittel zu sorgen.

Der stetige Rückgang der Schlüsselzuweisungen des Landes an den Landschaftsverband ist ein Beleg dafür. Auch die letzte und jetzt ja vielleicht nicht mehr so lange im Amt sitzende Landesregierung hat die Schlüsselzuweisungen gekürzt. Schwarz-Gelb treibt die Kommunen und ihre Zweckverbände auf allen Ebenen in den Ruin.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Das ist keine Sonderauffassung der Linken. Wer sich die Neusser Erklärung des Städtetages anguckt, die letzte Woche beschlossen wurde, wird feststellen, dass sie zu derselben Einschätzung kommt.

(Boss, CDU: Und wurde  
von allen getragen!)

– Und wurde von allen getragen. Ich bin gespannt, was die Gemeindefinanzreformkommission ausbrütet. Ich hoffe, es kommt tatsächlich etwas heraus, was den Kommunen nützt.

Kommen wir zur einem weiteren ruinösen Aspekt. Der neoliberale Versuch, mit der WestLB öffentliche Daseinsvorsorge aus Spekulationsgewinnen zu finanzieren, ist wirklich entsetzlich gescheitert.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Das war ein ziemlich teurer Versuch, der nicht nur die WestLB selbst, sondern auch die Sparkassen, die nrw.bank, das Land NRW und die Landschaftsverbände mit weiteren Haftungsrisiken belastet. Ich glaube, alle hier im Saal wären erleichtert, wenn der LVR keine Anteile und keine Haftungsrisiken mehr von der WestLB hätte. Sie hat den LVR viel gekostet. Herr Effertz ist ja eben schon darauf eingegangen.



Meine Zahl ist ein bisschen höher. Sie wird uns insgesamt knapp 400 Millionen Euro kosten, ist zu befürchten.

(Frau Dr. Strack-Zimmermann,  
FDP:

Ja, die Linke. kann nicht rechnen!)

- Nein, das war die Auskunft der Kämmerin, nicht unsere eigene Rechnung. Ich hoffe doch, dass sie rechnen kann.

(Klemm, Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN: Die kann rechnen!)

Die Landesregierung hat es abgelehnt, die Anteile des LVR zu übernehmen.

Herr Einmahl hat ja eben eindringlich dargestellt, wie sich in Zukunft die Verluste bzw. der Fehlbedarf beim LVR entwickeln werden. Rechnen Sie mal die knapp 400 Millionen Euro dagegen; dann wissen Sie auch, woher ein Teil unserer Finanzprobleme rührt.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Die Mittel, die hier verbrannt sind, sind Mittel, die der LVR wirklich dringend für die Erfüllung seiner eigentlichen Aufgaben bräuchte.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Neben der Armut der Kommunen wächst die Armut der Menschen – und das finde ich viel dramatischer. Sie werden alle die Ergebnisse der DIW-Studie in dieser Woche mitbekommen haben. Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland geht immer weiter auseinander, die Mittelschicht schrumpft, der Reichtum nimmt auf der einen Seite zu, aber vor allem gibt es immer mehr arme Menschen.

Armut führt zu mehr Erkrankungen. Immer mehr Arme leiden an psychischen Behinderungen. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen steigen die Fallzahlen tragisch.

Der Landschaftsverband kann diese Entwicklung allein nicht aufhalten. Aber ich meine, unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die öffentliche Armut nicht die persönliche Armut der Menschen ver-

schärft, die den Landschaftsverband dringend brauchen.

(Beifall bei Die Linke.)

Armut trifft Menschen mit Behinderungen besonders; sie trifft sie härter. Es wird so wieso schwieriger, gute Arbeit für sie zu finden. Die Einnahmerückgänge bei der Schwerbehinderten-Umlage führen zu fehlenden Mitteln bei den Werkstätten und den Integrationsbetrieben. Und schließlich kündigt uns jetzt noch die Bundesregierung im Rahmen ihres Kürzungspakets an, dass womöglich Eingliederungszuschüsse für Menschen mit Behinderungen im Hartz-IV-Bezug keine Pflichtleistungen mehr sein sollen. Diese Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umzuwandeln – nach dem Motto: wahrscheinlich lohnt sich die Eingliederung arbeitsmarktpolitisch nicht –, ist unmenschlich.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Bundesweit wären davon etwa 120.000 Arbeitslose mit Behinderungen betroffen. Das ist mehr als die Einwohnerzahl der Stadt Remscheid zum Beispiel.

Die Anerkennung der Vielfalt und der unterschiedlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten der Menschen ist eine Errungenschaft der Zivilisation. Eine Gesellschaft, die Kürzungen bei denen zulässt, die sich nicht wehren können, ist nicht zivilisiert, sondern kehrt zu barbarischen Sitten zurück.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Deshalb brauchen alle Menschen die Möglichkeit, sich auch an kulturellen Aktivitäten zu beteiligen, und diese Chance sollen sie auch in den Museen des LVR erhalten. Das ist von Niedrigsteinkommen nicht bezahlbar. Die Kundinnen und Kunden des LVR genießen das. Wir meinen aber auch: Es muss auf alle Menschen ausgedehnt werden, die sich sonst den Eintritt nicht leisten können. Kultur ist ein Menschenrecht.

Deshalb stellen wir den Antrag, die Eintrittsgelder für die LVR-Museen sozial zu gestalten.

(Beifall bei Die Linke.)

Wir wissen, dass die LVR-Mittel nicht üppig sind. Seit Jahren wird deshalb das Personalbudget gedeckelt. Die Dezernate erwirtschaften die Tarifierhöhung selbst, heißt das. Ich war schon gleich misstrauisch, wie sie das erwirtschaften sollen. In Wirklichkeit findet jedoch keine wirtschaftliche Tätigkeit, sondern schlicht Nichtbesetzung von Stellen und die Befristung von Arbeitsverträgen statt.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Das ist nicht innovativ; das ist nicht kreativ, sondern das ist wirklich eine altbekannte und Jahrhunderte alte Wirtschaftsweise des Kapitalismus.

Ähnliches gilt für die Vergabe von Aufträgen, die aufgrund von Auslagerungen stark zugenommen hat, und geht bis zur Beschäftigung von Ein-Euro-Jobbern in Einrichtungen des Landschaftsverbandes.

Deshalb haben wir zu diesen Bereichen drei Anträge gestellt. Nahezu alle hier vertretenen Parteien waren, wenn ich mich richtig erinnere, dafür, Ein-Euro-Jobs als Möglichkeit zur Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt einzuführen. Meine Herkunftspartei, die PDS, hatte dieses Hartz-IV-Paket von Anfang an abgelehnt.

(Wegener, FDP: Ach du meine Güte!)

– Nicht Ihre Güte. Das ist ja bekannt: Ich war Landesvorsitzende der PDS über viele Jahre.

(Wegener, FDP: Schlimm!)

– Das ist nicht schlimm.

(Frau Dr. Strack-Zimmermann, FDP: Sollen wir Ihnen dazu gratulieren oder weinen? – Wegener, FDP: Wo waren Sie denn vorher?)

Inzwischen stellt sich aber für Sie alle heraus, dass Ein-Euro-Jobber nicht in den ersten Arbeitsmarkt zurückkehren; das Gegenteil ist der Fall. Diese Arbeitsgelegenheiten verhindern zum Teil reguläre Beschäftigung. Sie werden von den Betroffenen oft als Zwangsmaßnahme begriffen. Die Rückkehrerquote in den normalen Arbeitsmarkt ist minimal.

Die Landschaftsverbände vergeben Aufträge an Unternehmen, die Niedriglöhne, zum Teil sogar sittenwidrige Minilöhne, zahlen

(Wegener, FDP: Das ist doch unverschämt!)

– Das ist mitgeteilt worden.

(Wegener, FDP: Dann machen Sie sich sachkundig!

In diesen Unternehmen werden Gesetze wie das Betriebsverfassungsgesetz mit Füßen getreten.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Und schließlich: Niedriglöhne führen dazu, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Tätigkeit nur noch als Nebenjob ausüben können und auf andere Einnahmen angewiesen sind. Sie belasten die Kommunen. Wer Zusatzleistungen nach SGB II beziehen muss, damit er oder sie überleben kann, belastet auch die kommunalen Kassen.

Wer mit der Losung „Qualität für Menschen“ wirbt, muss nach Auffassung der Linken menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und sittenwidrige Arbeitsentgelte bekämpfen und verhindern.

(Beifall bei Die Linke.)

Der Deutsche Städtetag hat in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Vergabekriterien erarbeitet. Diese sind aus unserer Sicht Mindestbedingungen. Wir erwarten aber, dass der LVR diese Mindestbedingungen für die Vergabe von Aufträgen zur Voraussetzung macht.

(Beifall bei Die Linke.)

In der letzten Sitzung des Landschaftsausschusses haben alle, die anwesend waren, gelernt, dass der Vertrag mit TNT zwar nicht gekündigt werden soll – so war die Mehrheitsentscheidung –, tatsächlich aber wird er längst umgangen. In dieser Sitzung berichtete ein Mitglied, dass die Fraktionssendungen inzwischen längst wieder mit der Post befördert werden, weil die Zustellung durch TNT unzuverlässig ist.

Ich muss sagen: Das macht mich ziemlich fassungslos. Die Klientinnen und Klienten des LVR erhalten amtliche Bescheide, Mitteilungen, die Fristen enthalten, Schreiben, auf die sie reagieren müssen. Bei denen darf ruhig schludrig zugestellt werden. Die Politik ist ja ordentlich versorgt. Das geht doch nicht!

(Zustimmung bei Die Linke.)

Deshalb bitte ich Sie hier noch einmal ausdrücklich um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei Die Linke.)

Die Verwaltung kündigt in der Vorstellung des Haushalts schwierige Zeiten an. Aufwand und Ausgaben sollen durch – ich zitiere jetzt – „Standardabbau, Aufgabenkritik und Prozessoptimierung“ reduziert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren von der Verwaltung, sehr geehrter Herr Voigtsberger, nachdenken können Sie ja gerne über die Reduzierung von Aufwand und Senkung der Ausgaben. Wir werden uns kostengünstigeren Verfahren und der Optimierung von Prozessen nicht in den Weg stellen. Das ist mit dem Prinzip „ambulant vor stationär“ ja auch gelungen. Dennoch müssen hier unbedingt Standards gesichert werden, damit tatsächlich selbstständiges Leben möglich ist und nicht einsames Dahinvegetieren in den eigenen vier Wänden die Folge ist.

(Beifall bei Die Linke.)

Die notwendige Unterstützung für diese Kundinnen und Kunden des Landschaftsverbandes muss sichergestellt sein – nicht nur in der eigenen Wohnung, sondern auch durch ausreichende Tages- und Freizeitangebote. Das gilt auch für die Unterbringung in Kliniken und Heimen.

Unsere Angebote müssen ein gutes Leben ermöglichen. Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. „Ambulant vor stationär“ zeigt doch: Reglementierung und Repression sind teuer, Unterstützung für selbstbestimmtes, selbstständiges Leben ist über-

dies kostengünstiger, und Prävention verhindert neue Kosten.

(Beifall bei Die Linke.)

Ähnliches wird im Bereich der Förderschulen notwendig sein. Da sind die allerersten Schritte getan. Dennoch ist hier mehr notwendig. Wir brauchen mehr Integrationskräfte, und die müssen qualifiziert sein. Keine im Schnellverfahren ausgebildeten Ein-Euro-Kräfte!

(Beifall bei Die Linke.)

Uns ist klar, dass eine simple Auflösung der Förderschulen überhaupt nicht hilfreich, sondern im Gegenteil schädlich sein wird. Bei den bestehenden Bedingungen in den normalen Schulen wie Klassengrößen, Raumausstattung, Betreuungsschlüsseln würden viele Kinder mit Behinderungen an die Wand gedrückt. Wir möchten eine Öffnung der Förderschulen für alle Kinder und eine Ausdehnung der Unterstützung für Kinder mit Behinderungen, die an normalen Schulen unterrichtet werden sollen.

(Beifall bei Die Linke.)

Am Ende brauchen wir eine inklusive Schule für alle Kinder. Diesen Prozess werden wir auf jeden Fall unterstützen und verfolgen.

Meine Damen und Herren, mit der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen kommen wichtige und – ich möchte sagen: leider – neue Aufgaben auf die ganze Gesellschaft zu. Ich würde begrüßen, wenn wir der Umsetzung der Konvention keine Aufmerksamkeit schenken müssten, weil alles in Ordnung ist. Jedoch: Das ist nicht so.

„Ambulant vor stationär“, persönliche Unterstützung im Schulbereich – all das sind Schritte auf dem Weg zur Umsetzung der Konvention. Mit der Forderung nach Inklusion haben wir ein Aufgabenfeld, das breit gefächert in allen Bereichen der Gesellschaft angepackt werden muss.

Die gemeinsame Position von Bundes- und Landesregierung – der alten Landesregierung – ist: Es besteht kein unmittelbarer Handlungsbedarf. Zum Glück sieht das die politische Mehrheit in diesem Hause hier

nicht so. Ich hoffe, auch die Kolleginnen und Kollegen von der CDU und den Freien Wählern sehen das nicht so.

Wir brauchen die Kommission Inklusion als übergreifende Kommission. Und wir brauchen das Kompetenz-Team Inklusion.

(Beifall bei Die Linke.)

Der Landschaftsverband kann und muss einen Beitrag leisten, damit Vielfalt und nicht Wegsperrungen und Weggucken gesellschaftliche Norm werden. Da sind wir gerne dabei und machen auch gerne mit.

(Beifall bei Die Linke.)

Meine Damen und Herren, wir haben vier Anträge gestellt. Das bisherige Verhalten aller anderen Fraktionen in den Ausschüssen macht deutlich, dass sie keinen dieser Anträge unterstützen wollen. Sie haben uns auf notwendige Beratungen in den Fachausschüssen verwiesen.

(Runkler, FDP: Das sind ja Mogelpackungen, die nichts mit dem Haushalt zu tun haben!)

Wir nehmen diese Anregung gerne für die Zukunft auf.

Wir werden uns auch deshalb bei diesem Haushalt enthalten. Wir halten die Erhöhung der Landschaftsumlage für notwendig, weil Kürzungen bei Menschen mit Behinderungen Ausgrenzung bewirken. Inklusion und Vielfalt ist das, was notwendig ist. Menschenwürde und gegenseitige Achtung sind für uns unverzichtbar und stellen unseren Anspruch an die Vielfalt der Gesellschaft dar. – Vielen Dank.

(Beifall bei Die Linke. – Zuruf:  
Frau Hammer, geborene Sichel!)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Ich bitte, doch auch bei den Zwischenrufen Kreativität vor Einfallslosigkeit zu stellen und von persönlichen Beleidigungen abzusehen.

(Beifall bei SPD, Bündnis  
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es gehört schon zur parlamentarischen Kultur, dass man zuhört und Zwischenrufe

macht. Aber die sollten sich auch im Rheinland in einem vernünftigen Rahmen halten, meine Damen und Herren.

(Zuruf)

– Sie haben nicht alle gehört, was ich gehört habe.

Freie Wähler/Deine Freunde: Es spricht Herr Rehse für diese Fraktion. Bitte schön.

**Rehse** (Freie Wähler/Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wilhelm! Sehr geehrter Herr Landesdirektor Voigtsberger! Sehr geehrte Frau Erste Landesrätin Hötte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der noch weiteren wichtigen Ereignisse dieses Tages

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

werde ich Sie jetzt nicht mit den ursprünglich geplanten 168 PowerPoint-Folien konfrontieren, sondern eine kurze, zügige und vor allem hoffentlich auch unpolemische und sachliche Rede halten.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Zum ersten Mal sitzt die Fraktion Freie Wähler/ Deine Freunde hier bei der Haushaltsplanberatung und -verabschiedung und stehe ich hier und halte meine Jungferrede im LVR. Wäre die finanzielle Lage nicht so dramatisch und ernst, würde ich sarkastisch bemerken: „Irgendwie ein ungünstiger Zeitpunkt, mit der Arbeit im LVR zu beginnen!“

Möglich aber auch, dass in Anbetracht der finanziellen Lage der jetzige Zeitpunkt unseres Einstiegs in die Arbeit des LVR gerade richtig und wertvoll ist. Wir sind ideologisch nicht gebunden, wir verfolgen eine geradlinige bürgerliche Politik mit Augenmaß von Bürgern für Bürger. Wir sind nicht an koalitionspolitische Überlegungen übergeordneter politischer Ebenen gebunden. Wir sind für die Argumente aller Kollegen und Verwaltungsmitarbeiter hier im Hause offen. Wir kennen keine Tabus. Wir hängen keinen lieb gewordenen Traditionen nach und sind bereit, alte Zöpfe abzuschneiden, auch wenn dies dem einen oder anderen Zopfträger zunächst wehtun mag.

Bei allen unseren Sparüberlegungen darf aber nicht der Mensch – und hier sind insbesondere die Kranken, Behinderten, Pflegebedürftigen, sprich die Gruppen, um die es sich zu kümmern Kernaufgabe des LVR ist, gemeint – aus dem Blick verloren werden. Das ist mit uns nicht zu machen!

Folglich müssen alle Arbeitsfelder des LVR auf den Prüfstand gestellt werden, was in der Tat pflichtige Aufgaben, was absolut notwendige Leistungen sind und was zwar sinnvolle und wünschenswerte, so aber auch aufschiebbare Projekte sind. Gerade letztere gilt es kritisch zu durchleuchten und den Mut zu finden zu sagen, dass diese Dinge ausgesetzt werden und eine geraume Zeit warten müssen.

Auch sagen wir Ja zu Prozessoptimierungen und Aufgabenkritik wie auch zur Überprüfung von Kosten verursachenden Beschlüssen der Politik der letzten Jahre. Auch sie müssen überdacht, überprüft und gegebenenfalls ausgesetzt und rückgängig gemacht werden.

Nur so werden wir die Kernaufgaben im Sinne der „Qualität für Menschen“ noch stemmen können, ohne die uns hauptsächlich finanzierenden Kommunen noch tiefer in den Ruin zu treiben.

Die finanzielle Situation der Kommunen auch im Rheinland ist dramatisch: Oberhausen und Duisburg sind überschuldet; weitere Großstädte wie Essen und Köln stehen kurz davor; das bergische Städtedreieck geht buchstäblich über die Wupper. 115 Städte und Gemeinden in NRW befinden sich bereits im Nothaushalt. Nur noch 18 von 259 kreisangehörigen Städten und Gemeinden haben einen ausgeglichenen Haushalt.

Folglich ist eine weitere Belastung der Städte und Kreise durch die Erhöhung der Verbandsumlage weder hinnehmbar noch vertretbar und wird von der Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde abgelehnt.

(Beifall bei Freie Wähler/Deine Freunde)

Die Einsparmaßnahmen von ca. 19 Millionen Euro, die die Erhöhung der Verbandsumlage in Höhe von 0,15 Prozentpunkten

entbehrlich machen, müssen aus Einsparmaßnahmen im LVR selbst kommen.

(Beifall bei Freie Wähler/Deine Freunde)

19 Millionen Euro stellen im Übrigen gerade einmal 0,9 Prozent des Gesamthaushalts des LVR dar.

Die Verwaltung skizzierte in den Haushaltsplanberatungen unserer Fraktion, welche Einsparpakete für die Haushalte 2011 und 2012 noch geschnürt werden müssen. Da diese Arbeiten in Vorbereitung des Haushalts 2011 bereits voll angelaufen sind, dürfte es kein Problem sein, die in Rede stehenden 19 Millionen Euro bereits im Haushaltsjahr 2010 an Einsparungen zu realisieren.

(Zuruf: Sehr gut!)

Ansatzpunkte hierzu sind bereits deutlich erkennbar und noch in diesem Wirtschaftsjahr realisierbar.

Auch eine nach Genehmigung des Haushalts sofort auszusprechende Haushaltssperre wird sicherlich ihren Beitrag zur Erzielung der 19 Millionen Euro Einsparung leisten.

Im Folgenden seien einige Gedanken hierzu konkret skizziert:

Teure Umsetzungen von Vorgaben aus der Landes- und/oder Bundesebene wie die Umbauten zur Umwandlung von Zwei- auf Einbettzimmer in LVR-Einrichtungen müssen die nächsten zwei bis drei Jahre ausgesetzt werden.

(Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Aha!)

Wenn Bund und Land den dringenden Wunsch haben, dass dies durch den LVR umzusetzen ist, mögen sie bitte auch die dafür erforderlichen Investitions- und Betriebsmittel 1 : 1 zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Freie Wähler/Deine Freunde)

Bund und Land sind aufgefordert, wieder stärker ihrer Verantwortung für die Finanzierung sozialer Lasten gerecht zu werden!

Geplante Netzwerkprojekte wie der Butzweiler Hof, Energeticon oder Verfemte Kunst – so nett, sinnvoll und wünschens-

wert sie teilweise auch sein mögen – müssen zurzeit auf Eis gelegt werden.

(Beifall bei Freie Wähler/Deine Freunde)

Das Engagement in Vogelsang sollte grundsätzlich überprüft bzw. zumindest ausgesetzt werden, bis wieder finanzielle Spielräume vorhanden sind.

Ebenso muss das Engagement des LVR im Netzwerk Umwelt temporär heruntergefahren werden.

(Beifall bei Freie Wähler/Deine Freunde)

Die Neueinstellung von Personal muss ein absolutes Tabu sein. Durch normale Fluktuation und altersbedingtes Ausscheiden frei werdende Stellen dürfen nur in absoluten Ausnahmen mittels Beschlüssen der politischen Gremien neu besetzt werden.

Tarifliche Personalkostenerhöhungen müssen weiterhin durch die Budgets der Dezernate aufgefangen werden.

Gemeinsam sollten die Landschaftsverbände, Kreise, Städte und Gemeinden als kommunale Familie bei der Landes- und Bundesregierung vorstellig werden, um eine Reform der Kommunalfinanzen zu erreichen. Ziel muss es sein, die Soziallasten für die kommunale Familie zu senken. Wir täten gut daran, parteiübergreifend Bund und Land aufzufordern, neben einer umfassenden Reform der Gemeindefinanzierung endlich wirksame Maßnahmen gegen die existenzbedrohende kommunale Finanzkrise zu ergreifen.

Zudem darf das Konnexitätsprinzip nicht permanent unterlaufen werden. Es muss strikt verfolgt und eingehalten werden. Wir fordern zur Einhaltung des in der Landesverfassung verbrieften Konnexitätsprinzips verbindliche Regelungen.

Wir fordern zudem, die einseitigen Solidaritätszahlungen in West-Ost-Richtung zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit zu reformieren und nach Bedürftigkeit anstelle der Himmelsrichtung auszurichten.

(Beifall bei Freie Wähler/Deine Freunde)

Zum Abschluss: Die Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde ist mit der generellen

Richtung des von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplanentwurfs einverstanden. Sie bedankt sich insbesondere bei der Ersten Landesrätin Renate Hötte und ihrer Mannschaft, aber auch bei allen Landesrätinnen und Landesräten für die geleistete Arbeit und die Unterstützung bei unseren Beratungen in der Fraktion und möchte an dieser Stelle der Verwaltung bei den kommenden Haushaltsherausforderungen ihre Unterstützung zusichern.

Da aber die Gestaltungsmehrheit unseren Antrag auf Ablehnung der Erhöhung der Landschaftsverbandsumlage offenbar ablehnen wird, wird die Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde folgerichtig dem Haushalt nicht zustimmen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Starker Beifall bei Freie Wähler/Deine Freunde)

**Vorsitzender Dr. Wilhelm:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zum **Tagesordnungspunkt 6.1:**

**Einwendungen gegen die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2010**

– Vorlage Nr. 13/434 –

Der Landschaftsausschuss hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 11. Juni beraten und gegen die Stimmen der CDU mehrheitlich empfohlen, gemäß Vorlage zu beschließen.

Gibt es zu diesem Punkt Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Kartenzichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so **geschehen**.

Meine Damen und Herren, auf der Ihnen vorliegenden aktualisierten Tagesordnung finden Sie jetzt zum

### Tagesordnungspunkt 6.2:

#### Anträge zum Haushalt

neben den Antragsnummern die Beratungsergebnisse des Landschaftsausschusses.

Alle Anträge, die unter dem Punkt Haushalt aufgeführt sind, wurden im Landschaftsausschuss beraten und mit unterschiedlichen Stimmergebnissen jeweils mehrheitlich abgelehnt. Da der Landschaftsausschuss, wie das üblich ist, nach der Landschaftsverbandsordnung sämtliche Anträge behandelt hat und die Landschaftsversammlung auf dieser Behandlungsgrundlage, auf dem Ergebnis dieser Behandlung im LA, entscheiden kann und muss, könnten wir über alle Anträge insgesamt abstimmen.

Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Bitte schön, Herr Rehse.

(Rehse, Freie Wähler/Deine Freunde: Herr Dr. Wilhelm, ich möchte für unsere Fraktion beantragen, dass wir über das Paket CDU, den Antrag Freie Wähler und das Paket der Linken. getrennt abstimmen. Wir müssen jetzt nicht in die Einzelanträge gehen. Und bei dem Paket der Linken. den Antrag 13/39 separat abstimmen. Wir haben ansonsten, weil wir kein Stimmrecht im LA haben, nicht die Möglichkeit, unser Abstimmungsverhalten zum Ausdruck zu bringen! – Klemm, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Einverstanden!)

– Gut. – Gibt es zu diesem Verfahrensvorschlag Kommentare? – Dann möchte ich die CDU als antragstellende Fraktion für die Mehrheit der Anträge fragen, ob sie damit einverstanden ist, dass ich über die CDU-Anträge en bloc abstimmen werde. – Gut; dann verfare ich, da ich keinen Widerspruch höre, so, wie Herr Rehse das vorgeschlagen hat, und rufe zunächst sämtliche Anträge der Fraktion der CDU

auf und bitte um das Handzeichen derjenigen, die diesen Anträgen die Zustimmung geben möchten. – Das sind, soweit ich sehen kann, alle Mitglieder der CDU-Fraktion und alle der Freien Wähler/Deine Freunde. Wer stimmt dagegen? – Das sind alle Mitglieder der Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und Die Linke. Damit sind die Anträge insgesamt **abgelehnt**.

Nun rufe ich den Antrag der Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde auf. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das ist der Rest der Landschaftsversammlung und damit die **Mehrheit**.

(Zurufe aus allen Fraktionen)

– Der Rest kann manchmal so groß sein, dass die anderen dahinter verschwinden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Heiterkeit bei SPD, Bündnis 90/  
DIE GRÜNEN, FDP und Die Linke.)

Damit stelle ich fest, dass der Antrag abgelehnt worden ist.

Es gibt mehrere Anträge der Fraktion der Linken. Herr Rehse, welchen meinten Sie.

(Rehse, Freie Wähler/Deine  
Freunde: 13/39 bitte separat!)

– Okay. – Dann rufe ich die Anträge der Linken. 13/37, 13/38 und 13/47 gemeinsam auf. Ich frage, wer diesen drei Anträgen der Linken. die Zustimmung geben möchte – das sind, damit Sie eine Orientierung haben, die Tagesordnungspunkte 6.2.15, 6.2.16 und 6.2.18 –, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Keine Enthaltung. **Abgelehnt** durch alle Fraktionen der Landschaftsversammlung außer der Fraktion Die Linke.

Nun lasse ich über den Antrag 13/39 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 6.2.17. Wer diesem Antrag der Linken. die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Fraktion Die Linke. und eine Stimme bei der Fraktion der Freien Wähler. Wer stimmt gegen den

Antrag? – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung im Übrigen durch die übrigen Mitglieder der Landschaftsversammlung **abgelehnt**.

Alle Anträge sind damit behandelt und wie im Landschaftsausschuss vom Ergebnis her **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum **Punkt 6.3:**

**Haushaltssatzung des LVR mit  
Haushaltsplan, Stellenplan und  
sonstigen Anlagen für das  
Haushaltsjahr 2010**

– Vorlage Nr. 13/427 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 11. Juni die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 entsprechend dieser Vorlage beraten und bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion und Enthaltung der Fraktion Die Linke. mehrheitlich empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung in der Landschaftsversammlung. Wer der Vorlage 13/427 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Das sind die Kollegen der CDU-Fraktion und der Freien Wähler. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Mitglieder der Linken. ist der Haushalt und damit die Vorlage insgesamt mit Mehrheit so **beschlossen** worden.

**Tagesordnungspunkt 6.4:**

**Wirtschaftsplanentwürfe 2010**

Darf ich unterstellen, dass alle Mitglieder der Landschaftsversammlung damit einverstanden sind, die Wirtschaftspläne insgesamt aufzurufen? Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich die Wirtschaftsplanentwürfe unter den Tagesordnungspunkten 6.4.1 bis 6.4.6, also die Vorlagen 13/102, 13/87, 13/44, 13/149, 13/150 und 13/156 alleamt zur Abstimmung auf. Wer ihnen zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenpro-

be! – Enthaltungen? – **Einstimmig** so **beschlossen**.

**Tagesordnungspunkt 7:**

**Fragen und Anfragen**

liegen mir nicht vor.

Beim Verlassen des Sitzungsraumes, meine sehr geehrten Damen und Herren, können Sie das Handbuch der 13. Landschaftsversammlung Rheinland mitnehmen.

Ich darf Ihnen schon jetzt eine schöne parlamentarische Sommerpause wünschen und freue mich auf die nächste Sitzung.

Diese Tagung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung: 11.57 Uhr)